

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. L. und die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Bezugspreis:

Die Gespaltene Beitzelle 50 Pf., für auswärts 55 Pf., die 2 gespaltene Kellernzelle 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pf. Einzelgen mit Bestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 35

Danzig, Sonnabend den 31. August 1918

9. Jahrgang

# Rückkehr zur Vernunft?

Lord Robert Cecil, Unterstaatssekretär im englischen Amt des Auswärtigen, hat einem Vertreter von Reuters gesagt, die Rede des deutschen Staatssekretärs Solf sei auf einen Ton gestimmt, wie man ihn bisher noch niemals aus dem Munde eines deutschen Staatsmannes gehört habe.

Man ist versucht, an die Worte in Beethovens neunter Sinfonie zu denken: „Ihr Freunde, nicht diese Töne, sondern laßt uns angenehmere anstimmen und freudvollerere“. Sie leiten über zu dem Massenchor der Freude: „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!“ — Auch dieser große Deutsche war, wie Schiller, der ihm den Text gab, ein frühgeborener Verherrlicher dessen, was man heute den Völkerbundgedanken nennt. Aber noch sind wir nicht so weit, ist der fürchterliche Anprall feindlicher Heere und Völkergesinnungen nicht zu Ende und das beglückende Motiv, kaum leise angeschlagen, wird vom Schlachtgetöse wieder überdröhnt.

Lord Cecil zeigt Zweifel in die Aufrichtigkeit der Beteuerungen Solfs. Sollen wir uns darüber wundern, da doch auch hier zu Lande wenig Neigung besteht, in die Ehrlichkeit der friedlichen Weltziele eines Grey oder eines Wilson volles Vertrauen zu setzen? Soll man nicht lieber zugeben, daß auf beiden Seiten noch erheblicher Anlaß zu Mißtrauen besteht? In beiden Lagern stehen seit Anbeginn zwei Richtungen einander gegenüber: Die eine, die erst auf Erhaltung des Friedens bedacht war, jetzt für seine Wiederherstellung offen oder insgeheim arbeitet, und jene andere, die sich von Anfang an mit der Laffache des Weltkrieges leichtes Herzens abgefunden hat und die jetzt nur noch an Sieg und imperialistische Machterweiterung denkt.

Das gibt uns den Schlüssel zum Verständnis der folgenden Äußerungen Robert Cecil's:

„Falls dieser Ton echt wäre, könnte man von einer Rückkehr zur reinen Vernunft sprechen. Aber bei näherem Zusehen müßte man auf Unwahrscheinlichkeiten stoßen. Solf habe behauptet, daß die Pangermanisten in Deutschland keinerlei Einfluß hätten. Das sei eine erstaunliche Behauptung in einem Augenblick, wo Kühnmann gehen mußte, weil er es mit den Pangermanisten verdröben hatte. Was Solf über Belgien sagte, geht ebenfalls viel weiter als alles, was darüber von maßgebender deutscher Seite in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Wieder aber muß man hier einen Vorbehalt machen. Er beruft sich bei seinen Äußerungen auf die Erklärung des Kanzlers über Belgien. Diese war aber ganz allgemeiner Natur und wurde später noch wieder korrigiert. Wenn Solfs Äußerungen allerdings seine eigene Überzeugung widerspiegeln, unabhängig von der Erklärung des Kanzlers, so kann man darüber befriedigt sein. Dann bedeuten sie tatsächlich einen Fortschritt.“

Der englische Unterstaatssekretär ging weiter auf die Frage des Friedens von Brest-Litowsk ein und meinte, Solf habe diesen als eine „vorübergehende Maßnahme“ bezeichnet. In Wirklichkeit hat Solf mit größerer diplomatischer Vorsicht von einem „Rahmen“ gesprochen und gesagt, das Bild, das darin entstehen werde, sei erst in seinen Anfängen entworfen. Cecil zweifelt daran, daß die Herleitung des Selbstbestimmungsrechts im Osten wirklich ein Hauptziel der deutschen Politik sei, und stellt dieser Behauptung wirksam den Empfang der häßlichen Barone im Hauptquartier gegenüber. Cecil gibt zu, daß von deutscher Seite nicht gerade eine formelle Annexion beabsichtigt sei, man wolle aber die Randstaaten „sollig in die Hand bekommen“. Kann man bestritten, daß ein Staatsmann aus gegnerischem Lager mit voller subjektiver Überzeugung zu dieser Auffassung kommen kann?

Lord Robert Cecil hat dann angekündigt, daß demnächst ein englisches Blaubuch über die deutsche Kolonialverwaltung erscheinen werde. Wir sind auf dieses Buch gespannt. Besonders darauf, ob darin zu lesen sein wird, daß gewisse Unmenschlichkeiten im Reichstag, besonders von der Sozialdemokratie, aber nicht nur von ihr, sondern auch vom Zentrum und der Volkspartei, also von der Mehrheit der deutschen Volkspartei, aufs rücksichtsloseste kritisiert worden sind. Wir fürchten, daß dies darin nicht zu lesen sein wird, daß aber dann die deutsche Regierung ein Weißbuch über englische Kolonialregeln herausgeben wird, wozu man das von den englischen Sozialisten und Liberalen gelieferte Material nur zusammenzufügen braucht. Mit solcher Liebhaberei hüben und drüben kommt man aber keinen Schritt vorwärts.

Wichtiger dünnt uns die Bemerkung des englischen Staatsmannes, Solf sei falsch unterrichtet, wenn er glaube, daß England die deutschen Kolonien behalten wolle. Weder Balfour noch Lloyd George hätten dies gesagt, sondern vielmehr erklärt, es sei unmöglich, dem heutigen Deutschland wieder die Verwaltung seiner Kolonien zu übertragen. Ueber sie werde auf der kommenden Friedenskonferenz entschieden werden. Ein so gewaltiges Problem, fügte Cecil aus eigenem hinzu, könne nicht von England allein, sondern nur im Verein mit seinen Verbündeten gelöst werden. Für Deutschland kann es

allein verschluckt, sondern zwischen England, und seinen Verbündeten aufgeteilt werden sollen. Aber vielleicht verstehen wir hier den englischen Redner falsch. Vielleicht erhalten wir über diesen Punkt noch weitere Aufklärung. Es ist natürlich nur eine bloße Redensart, daß das heutige Deutschland keine Kolonien haben dürfe, genau dasselbe kann man mit genau demselben Recht auch vom „heutigen“ England, Frankreich, Belgien, Portugal usw. sagen. Man sollte auf beiden Seiten darauf verzichten, egoistische Machtziele hinter den Geboten der Menschlichkeit zu verstecken.

Schließlich sagte Cecil:

„Das sind alles Redewendungen, denen man in England vorbehaltlos zustimmen wird und von jeder zugestimmt hat. Ihr Wert wird nur sehr erheblich vermindert durch den Umstand, daß man bisher von deutscher Seite nie so etwas gehört hat. Bisher vernahm man ganz andere Redensarten über die Herrlichkeit des Sieges, über seiner erzieherische Wirkung und ähnlichen Unsinn. Wer die deutschen Zeitungen gelesen hat, könnte hierfür zahlreiche Beispiele anführen. Bemerkenswert ist auch, daß diese friedliche Melodie angenommen wird in einem Augenblick, wo die Lage an der Westfront sich geändert hat. Vor Tische las man anders. Als die deutsche Frühjahrsoffensive im März begann, erhob sich wieder das Geschrei nach der Ausdehnung der deutschen Welt Herrschaft. Ich bin selbst ein überzeugter Anhänger des Friedens, aber ich glaube bestimmt, daß ein Frieden nur erreicht werden kann, wenn die Deutschen anerkennen, daß sie besiegt worden sind.“

Kein vernünftiger Engländer wird von Deutschland die Anerkennung erwarten, daß es besiegt sei, solange es nicht besiegt ist. Eine Macht, die im Osten mit ihrem Gegner fertig geworden ist, im Westen noch mit ungebrochener Kampfkraft weit auf feindlichem Boden steht, ist nicht besiegt. Das deutsche Volk, das zur Erhaltung seines Daseins in vier Kriegsjahren Uebermenschliches geleistet hat, ist nicht besiegt. Was aber besiegt ist — wir wollen ganz offen darüber reden — das ist der verderbliche Glaube an die Allmacht der Gewalt. Was besiegt ist, daß ist die Hoffnung der deutschen Vingos auf die deutsche Welt Herrschaft. Diesem Besiegten weinen wir keine Träne nach, aber ein Ende des Krieges können wir nicht erwarten, solange nicht derselbe Glaube und dieselbe Hoffnung auch auf der anderen Seite zerstört sind.

Lord Robert Cecil nennt aber nun selbst die Lehre von der Herrlichkeit des Sieges und von seiner erzieherischen

Wirkung einen Unsinn. Darf man daraus schließen, daß auch England bereit sei, diesem Unsinn nicht länger nachzugehen? Die Lehre, die jeder mit gesunden Sinnen begabte Beobachter des Krieges, gleichviel in welchem Lager er stehen mag, aus den bisherigen Erfahrungen ziehen muß, ist doch die, daß es Unsinn ist, die Entscheidung über das Schicksal der Welt einem Weltkampf der technischen Menschenvernichtungsmittel anheimzugeben, und daß die Lösung dieser Weltwirren nicht von der Gewalt zu erwarten ist, sondern nur von der Vernunft.

Wenn Cecil sagt, Solf habe anders gesprochen, als man es zuvor aus Deutschland vernommen habe, so hat auch er andere Töne angeschlagen, als wir sie sonst aus England zu hören gewohnt sind. Auch er hat anders gesprochen, als Balfour oder Lloyd George oder Bonar Law. Andere Töne sind hüben und drüben, erste Schwalben, die noch nicht den Sommer machen, aber doch denen, die der Rückkehr zur gesunden Vernunft harren, willkommenen Boten.

Vorläufig ist sie drüben noch wenig vertreten, das zeigt folgende Auslassung der „Times“ zur spanischen Note:

„Die Entente hat stets große Rücksicht gezeigt, wenn die strikte Neutralität, namentlich der kleinen Nationen, durch das deutsche Schwert bedroht wurde. Diese Rücksicht gilt jedoch nicht für solche Neutrale, die ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen oder sie aus Sympathie mit dem Feinde verletzen. Aber auch die Neutrale, deren Herrscher von dem verderblichen Ehrgeiz befeuert sind, den Frieden zu fördern, verdienen keinerlei Rücksicht. Nichts sei so dünn, als der Wunsch mancher Neutralen, bei dem Zustandekommen des Friedens eine Rolle zu spielen. Die demokratische Entente werde ihren eigenen Frieden schließen zu einer Zeit und zu Bedingungen, die ihr genehm sind. Sie werden keine Vermittlung weder direkt noch indirekt von irgend einem neutralen Staate oder einer neutralen Regierung dulden. Die Meinung, daß die Alliierten von diesem festen Willen abweichen würden, wäre ein dummer und gefährlicher Irrtum. Die Entente, so resumieren die „Times“, könne viel von den Neutralen verlangen, nur nicht die törichte Sucht, sich um einen Frieden zu bemühen.“

Diese frechen Redensarten allenglischer Vingos zeigen, daß Lord Cecil gegen den Unsinn im eigenen Lande noch genug zu tun hat. Wer dem Ziel nachjagt, einem besiegten Deutschland den Frieden aufzwingen zu können, der soll sich sagen, daß der Weg dahin blutig und auch für den Stärksten gefährlich ist.

# Hilfstruppen der Reaktion

Die von gewissen „Unabhängigen“ in den letzten Wahlrechtsversammlungen in Elbing und Danzig-Ohra verübten skandalösen Kadenzügen veranlaßten den Referenten, Genossen Hirsch, einen sehr bemerkenswerten Artikel unter obiger Ueberschrift in der Parteipresse zu veröffentlichen, dem wir folgendes entnehmen:

Das neue Mandat der Unabhängigen reißt sich würdig der Taktik an, die sie in allen Stadien der parlamentarischen Behandlung der preußischen Verfassungsvorlage eingeschlagen haben. Anstatt den Kampf gegen rechts zu führen und nach Lustwille Rezept die ganze Kraft auf den einen Punkt, die Erringung des gleichen Wahlrechts zu konzentrieren, haben sie von Anfang an zur Freude der Reaktionäre heftig gegen die Sozialdemokratie gewütet und selbst diese Gelegenheit, bei der doch alle Anhänger des gleichen Wahlrechts zusammengehen müßten, in der Hauptsache dazu benützt, ihr Mütchen an denen zu kühlen, mit denen sie bis vor kurzem noch gemeinsam in Reich und Glied marschierten. Nach jedesmaligem Auftreten der Strödel und Adolf Hoffmann

lachten sich Hendebbrand und Lohmann

ins Fäustchen ob der Hilfstruppen, die ihnen ungerufen zu Hilfe eilten. So heftiger jene eigenartigen Wahlrechtskämpfe tobten, desto besser blüht der Weizen der Reaktion

Es liegt uns selbstverständlich fern, auch nur eine Blütenteile derjenigen Liebeswürdigkeiten zu geben, mit denen die Wohlführer der Unabhängigen die Freunde des gleichen Wahlrechts bedachten. Man kennt die Reden, die einander gleichen wie ein Ei dem anderen, zur Genüge, man weiß, wie diese Herren sich selbst an ihren Redensarten, hinter denen doch so gar nichts steckt, berauschen. Vieße sich das gleiche Wahlrecht durch tönende Phrasen erringen, wir hätten es längst, genau so wie längst der Welt der Friede wiedergegeben wäre, wenn es nur auf schöne Worte anläme. Aber genau so wie der Friedenswille der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Regierung bisher an dem Widerstand der Regierungen der feindlichen Länder gescheitert ist, so ist auch der Wille

und die Bestrebungen der Arbeiterklasse zur Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen bisher gescheitert an dem Widerstand der Wahlrechtsfeinde.

Haben denn die Unabhängigen, die doch im Abgeordnetenhaus genau so stark oder vielmehr so schwach sind wie die Regierungsozialisten, um uns einmal dieses Ausdrucks zu bedienen, mehr zur Erringung des gleichen Wahlrechts ausüben können als diese? In allen Punkten bis auf zwei haben sie mit ihnen zusammen gestimmt, und trotz dieser Unterstützung ist das gleiche Wahlrecht gescheitert. Im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten haben

die Unabhängigen in holder Eintracht

mit dem Bloke der Wahlrechtsfeinde die Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer abgelehnt, obwohl es sich dabei nur um einen Eventualantrag für den Fall der Annahme des Antrags auf Gewährung von Zusatzstimmen an andere Wahlberechtigte handelte, und zweitens haben sie — wieder zusammen mit dem Bloke der Wahlrechtsfeinde — sich der Einführung eines teilweisen Proporztes widersetzt. Im übrigen haben sie sich von den Anhängern des gleichen Wahlrechts nur durch ihre Worte, nicht aber durch ihre Taten unterschieden.

Die Reden der Unabhängigen aber haben der Wahlrechtsbewegung eher geschadet als genutzt. Ernst genommen hat kein Mensch die blutigen Resolutionsphrasen, die Sprecher vielleicht am allerwenigsten, aber als Waffen werden sich ihrer alle Gegner eines freien Wahlrechts bedienen.

Kann man die fortgesetzten Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten von der Tribüne des Abgeordnetenhauses her ab allenfalls noch mit

Mangel an Intelligenz

und Vertennung der politischen Situation entschuldigen, so gibt es für die Veruche, den Streit zwischen den Sozialdemokraten auch in die Wahlrechtsversammlungen hineinzutragen, und falls die sozialdemokratischen Vertrauensleute das verhindern, die Versammlungen zu sprengen, schlechterdings keine Entschuldigung. Wer, wie es der Abgeordnete Adolf Hoff-

... in Danzig geland hat, die ...  
... dass das Generalkommando keine Distinktion gestattet,  
... dass die ...  
... wie dann zur Befristung seiner ...  
... in Elbing das Signal gibt, den ...  
... gleiche Wahlrecht niederzudrücken, der ...  
... Interesse des preussischen und des deutschen ...  
... der entpuppt sich als

**Arbeitervertreter im wahren Sinne des Wortes.**  
Haben denn die Hoffmann und Genossen, die sich im Reichstag und Landtag so oft über Verbote und Wahlrechtsverfassungen beklagen, gar kein Gefühl dafür, wie er wünscht ihr Auftreten der Reaktion ist? Sehen sie nicht ein oder wollen sie nicht einsehen, dass es in der Sache auf das gleiche hinausläuft, ob die Generalkommandos Versammlungen für das gleiche Wahlrecht verbieten oder ob sie selbst durch ihre Freude am Kadaw und am Parteistank ihre Abhaltung unmöglich machen?

Nach steht es nicht fest, ob das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird. Das aber ist klar, dass in einem etwaigen Wahlkampf die Wahlrechtsgegner nur durch ein geschlossenes Vorgehen aller Wahlrechtsfreunde geschwächt werden können. Die Unabhängigen würden das Maß ihrer politischen Sünden zum Überlaufen füllen, wollten sie, wie es leider den Anschein hat, auch dann ihre bisherige Taktik beibehalten und gewollt oder ungewollt

**der Reaktion Helfersdienste**

leisten. So unglaublich es auch ist, nach allem, was sich bisher ereignet hat, müssen wir mit dieser Möglichkeit rechnen und uns darauf gefasst machen, dass diese politischen Bankrotteure den Wahlrechtsfreunden bei ihrem schweren Kampf in den Rücken fallen. —

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu:

„Es fehlt gewiss auch unter den Unabhängigen nicht an Männern, die einsehen, dass ihre kleine Partei durch solche Taktik auf die Stufe einer allgemein misshandelten Kadawkompanie hinabsinken muß. Es scheint ihnen aber an Kraft zu fehlen, diese Entwicklung zu verhindern.“

In den Zeitungen der Unabhängigen war bisher kein Wort der Mißbilligung über die Versammlungsprengungen zu lesen. In den Hoffmannschen Überereien in Danzig und Elbing schreibt das Solinger Blatt der Unabhängigen zum Pfand unter der Ueberchrift:

„Sie wollen ihn nicht hören. In Elbing und Danzig wollte der Landtagsabgeordnete Paul Hirsch über „Friede, Freiheit, Brot!“ sprechen. In beiden Orten lehnten die Versammlungsbesucher den Genuß aber ab und Herr Hirsch mußte unerrichteter Sache abziehen. Im „Vorwärts“ und in der „S. R.“ ist man darüber natürlich furchtbar entrüstet.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat nach kein Wort von diesem Skandal gebracht. Sie schämt sich offenbar der Rippeleien ihrer Gesinnungsgenossen.

**Ein antisemitischer Jagdbericht**

Der zum Zweck der terroristischen Versammlungsprengungen in Elbing und Danzig extra aus Berlin gefommene „unabhängige“ Landtagsabgeordnete Herr Adolf Hoffmann brüsst sich seiner Talen nach in einem „Bericht“ seines „Berliner Mitteilungsblattes“, der an Arbeit und Gehaltsmaßstab alle Grenzen übersteuert. Eine besondere Färbung erhält diese schriftliche Ausschreibung durch ihren raharantemoralischen Ton. Es ist das genau dieselbe Art, in der die Freunde der Herren Hoffmann und Haase den Genossen Hirsch in Elbing u. a. durch die Juriste: „Juden raus“ niederbrüllten. Der Herr Hoffmann aber seiner Darstellung die Form eines Berichtes über eine — Hirschreise! Bemerkens bleibt hiernach kein Zweifel über die Absichten und den Willen derer um Herrn Haase. Herr Hoffmann schreibt u. a.:

„Über Iowa auf dem Wege dahin flüchtete der Hirsch, da er im D-Jug Berlin-Königsberg den Jäger, witterte, der seinen Spuren folgte, um ihn zu fassen. Inzwischen war der Zeitung der Unabhängigen, dem Genossen Herrschur, zur Kenntnis gekommen, daß der kummelohne Hirsch, Hirsch solle bis gegen 11 (Polizeiunde) die Richtung abgeben, und dann solle die Jagd — porden — Verlangung für geschlossen erklärt werden. So glaubte man des Erlagens des Hirsch verheißern zu können. ... Herr Hirsch mit seinem Fimmel verschwand unter dem Schutze des Dunkel der Nacht im Gebüsch und die Hirschjagd“, meinten die Elbinger Arbeiter, „sei leider schon zu Ende. Hoffmann hätte ihn sicher kumgerrecht „ausgeweidet und zerlegt“. Und mit gutem Humor nahmen sie in ernster Zeit die Trappelnodie hin.“

Wollten wir auf das gleiche Niveau herabsteigen, so gäbe der Name des Führers der Unabhängigen — er heißt nicht Hirsch, aber Haase — Stoff zu ähnlich geistreichen Bemerkungen meint der „Vorwärts“. Wir unterlassen das lieber; es bleibt, trotz aller Gegenstände, zu wünschen, eine öffentlich tätige Partei, die auf die Stufe des niedrigsten antisemitischen Spezialfals hinabgleiten zu sehen!

Ein Teilnehmer der Niederschmerianung in Danzig: Hirsch schreibt uns: Schon um 6 1/2 Uhr trafen Adolf Hirsch,

**Am letzten Tage vor Monatsende**

Es ist Pflicht jedes Sozialdemokraten, für die Verbreitung seiner Presse tätig zu sein. Wer einen Freund oder Bekannten hat, der die „Volksmacht“ noch nicht besitzt, rate ihm, den folgenden Zettel ausgefüllt an die Expedition der „Volksmacht“, Danzig, Paradiesgasse 32, zu senden.

Abonnementspreis monatlich 45 Pfennig frei ins Haus.

Name:	
Beruf:	
Wohnort:	
Strasse:	Stad:
Bei wem:	

bestellt ab 1. September die „Volksmacht“ zum Preise von 45 Pfennig per Monat frei ins Haus

... in einer Rede beriet er den Plan für ihr ...  
... in der Versammlung. Als ihre Ge ...  
... gingen die Führer der Sprengkammern von ...  
... die ihre Gesinnungsgenossen bei der ...  
... Es war also bestellte Arbeit, was in dieser Versammlung ...  
... an Kadaw und unflätigen Redensarten von fanatisierten, ...  
... sich unabhängige Sozialisten nennenden Deuten geleistet wurde.

**Politische Wochenschau**

**Friedensarbeit**

**Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge abgeschlossen**

Berlin, 28. August. Amlich. Heute nachmittag sind im Auswärtigen Amte von den deutschen und russischen Bevollmächtigten die Ergänzungsverträge zu den Brestler Verträgen unterzeichnet, nämlich ein Ergänzungsvertrag zum Friedensvertrag, sowie ein Finanzabkommen und ein Privatrechtsabkommen zur Ergänzung des deutsch-russischen Zusatzvertrages zum Friedensvertrage. Die Verträge bilden das Ergebnis der seit mehreren Wochen zwischen deutschen und russischen Delegierten in Berlin geführten Verhandlungen.

**Die Entente gegen den Papst**

Die „Germania“ weist darauf hin, wie ein Teil des systematischen Nierenlampes der Entente in der Absperrung des Balkans von den Mittelmächten besteht, von der die Ententestaaten eine Ausschaltung des Papstes als Friedensstifter und Vermittler eine Ausbeinlösung zahlreicher Prälaten der Kurie in ihrem Sinne erhoffen. Mit einem Nachdruck, sagt das Blatt, muß dahin gearbeitet werden, daß der nächste Friedenskongreß die römische Frage in einem der päpstlichen Freiheit und Unabhängigkeit vollkommen Rechnung tragenden Sinne löst.

**Deutschland**

**Was ist's mit dem Reichstag?**

Am Sonntagmorgen meldete die „Germania“, sie habe von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, daß die Einberufung des Reichstags unmittelbar bevorstehe. Die „Germania“ ist das Organ des Zentrums, dessen Mitglied, Herr Fehrenbach, Präsident des Reichstages ist und sie steht zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Herrn Gröber, in engsten Beziehungen. Dieser wiederum dürfte in der Lage sein, sich über die Absichten des Reichstanzlers, seines ehemaligen Fraktionskollegen, hinsichtlich der Einberufung des Reichstags richtig informieren zu können.

Man kann also, wenn man nicht etwa in der Meldung der „Germania“ eine gewissenlose journalistische Sensationsmacherei erblicken will, nicht daran zweifeln, daß sich diese Meldung wirklich auf Informationen von „durchaus zuverlässiger Seite“ stütze. Und diese „durchaus zuverlässige Seite“ hatte gesagt, der Reichstag werde einberufen werden, um die auswärtige Politik zu besprechen, und der Reichstanzler werde über diesen Gegenstand eine Rede halten.

Am Abend desselben Tages aber wurde die Nachricht so offiziös und offiziell wie nur möglich als unrichtig bezeichnet. Die „Germania“ bringt diese offiziöse Bestreitung zur Kenntnis ihrer Leser, bemerkt aber dazu: „Richtig bleibt jedenfalls, daß nach wie vor eine frühere Berufung des Parlaments als zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen November-Termin durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt.“

Jedenfalls ist der ganze Vorgang recht seltsam und kein Zeichen von guter Regie. Wird morgen von durchaus zuverlässiger Seite versichert: „Der Reichstag kommt!“ und abends von noch zuverlässigerer: „Er kommt nicht!“, so entsteht dadurch da: Bild einer gewissen Unsicherheit in den oberen Regionen, und die Unruhe teilt sich nach unten hin weiter mit. Auch wir glauben, daß die Einberufung des Reichstages noch vor dem Novembertermin nicht nur in der Bereich des Möglichen, sondern auch in den der Notwendigen rücken kann und daß diese Notwendigkeit durch Meldungen wie die der „Germania“ nur noch vermehrt wird. Man soll das Volk nicht allzulange an der Drakel sume zupfen lassen, ob „er“ kommt oder nicht kommt.

**Was wird das Herrenhaus tun?**

Die durch einen Teil der Presse gegangene Mitteilung, daß die Verfassungskommission des Herrenhauses auf die Beratung der Reform nur wenige Tage verwenden zu müssen glaubt, wird in parlamentarischen Kreisen sehr verschieden beurteilt. Im Gegensatz zu dem Abgeordneten Freiherr v. Jellich, der in der „Post“ der Beschürzung Ausdruck gibt, daß die Entscheidungen bereits getroffen sind und daß die Hoffnung der Regierung, das Herrenhaus werde einen Weg zur Befristung weisen, sich nicht erfüllen, sondern mit einer Entsendung der Streitfragen durch Auflösung des Abgeordnetenhauses zu rechnen sein wird, wollen andere eingeweihte Kreise wissen, daß die Kommission des Herrenhauses in ihrer Mehrheit den Boden des gleichen Wahlrechtes betreten werde unter der Voraussetzung, daß Hand in Hand damit eine völlige Umgestaltung der Verträge über die Zusammensetzung des Herrenhauses einhergehe.

Tatsächlich diese Nachricht zutrifft, würde es sich also darum handeln, daß ein gleiches Wahlrecht, vielleicht mit einer Alterszuschlagsnahme, mit der sich die Regierung bereits einverstanden erklärt hat, geschaffen wird, daß aber gleichzeitig die Macht der Herrenkomitee so gestiftet wird, daß das auf Grund der Wahlrechts gewählte Abgeordnetenhaus völlig bedeutungslos wäre, zumal wenn die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Sicherungen Gesetz werden.

Was wahr ist, wissen wir nicht, glauben aber, daß es verheißt ist, sich in Betrachtungen, die auf so schwacher Grundlage beruhen, einzulassen. Noch ist die Kommission nicht mangelgezeiten, und selbst, wenn hinter den Kulissen bereits ein Uebereinkommen getroffen ist, woran wir einstweilen nicht glauben, wird die Kommission zum mindesten wohl so hinhin sein, auch die Vertreter der Regierung zu Wort kommen zu lassen. Daß sich die Regierung auf einen so schändlichen Handel einzulassen würde, wollen wir zu ihrer Ehre nicht annehmen, wir wollen lieber annehmen, daß sie nicht nur der Form sondern auch dem Inhalte nach das gleiche Wahlrecht anstrebt.

... an Kadaw ...  
... unabhängig ...  
... Plan ...  
... bekannt ...  
... geschädigten ...  
... von diesen ...  
... wissen ...  
... die sie in ...  
... keine ...

Eine solche Form, wie sie hier angedeutet ist, würde weder mit der Osterhoffnung noch mit dem Juli-Erlaß in Einklang zu bringen sein. Der Regierung würde dann nichts weiter übrig bleiben, als die Konsequenzen zu ziehen und das Abgeordnetenhaus aufzulösen. —

**Wieder ein albertischer Schwindel**

Der albedeutsche Schriftsteller Dr. Otto Hans Hopfen hatte in einer sächsischen Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, der den Anschein zu erwecken suchte, als werde der prozentuale Beitrag, den Reich und Staat der Presse für Deckung der enorm gesteigerten Papierpreise gewähren, zur Begünstigung der sogenannten „Berichts-friedenspresse“ mißbraucht. Dagegen erklärt die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger:

„Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger weist die in dem Artikel des Herrn Dr. Hopfen enthaltene Unterstellung mit Entschiedenheit zurück und stellt im Interesse der Wahrheit fest, daß der vom Reich und den Bundesstaaten gewährte Zuschuß den Tageszeitungen ohne jeden Unterschied der politischen Richtung nach Maßgabe der ihnen gesetzlich zustehenden Papiermenge gewährt wird. Es erhält also jede Zeitung pro Kilo des ihr zustehenden Papiers genau die gleiche Summe, gleichviel ob es sich um ein Organ sozialdemokratischer, konservativer, fortschrittlicher oder albedeutscher Richtung handelt, oder ob das betreffende Organ keiner politischen Richtung angehört.“

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger verurteilt es aufs Schärfste, daß Dr. Hopfen seinen geschäftigen Artikel, der den inneren Frieden aufs schwerste durch seine falsche und irreführende Darstellung gefährden muß, ohne die geringste Prüfung der tatsächlichen Unterlagen veröffentlicht hat. Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger spricht ihr Bedauern aus, daß in so ernster Zeit Veröffentlichungen gemacht werden, die niemandem nützen können, aber die vaterländischen Interessen, insbesondere den inneren Frieden durch Irreführung aufs schwerste zu gefährden geeignet sind.“

Diese Erklärung erhält ihren besonderen pikanten Reiz dadurch, daß sie auch von den Verlagen albedeutscher und konservativer Blätter („Berl. Lokalanzeiger“, „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ usw.) mitunterzeichnet ist.

**Ein Sozialdemokrat an den Herzog von Sachsen-Weiningen**

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete A. Hoffmann-Saalfeld hat in Sachen des jüngst angenommenen Kirchengesetzes einen offenen Brief an den Herzog gerichtet. Die Regierung hat ihre Vorlage als Gesetz verhandelt, obwohl die sozialdemokratische Opposition verhindert hatte, daß sie in Anwesenheit von 16 zur Beschlußfassung nötigen Abgeordneten verhandelt wurde. Das Gesetz stellt die Staatszuschüsse an die Kirche für immer fest und entzieht dem Landtag das Beschlusrecht darüber. Es handelt sich also um eine „Eiderung“, wie sie auch bei der preussischen Wahlreform angebracht wird. Dagegen protestiert Genosse Hoffmann in seinem offenen Brief an den Herzog, er schreibt:

„Nach dem publizierten Gesetz haben nun die Steuerzahler die Pflicht, die Summe von 260 000 Mk. jährlich aufzubringen, während Sie, Herr Herzog, die ungezügeltere Hälfte der Domänenüberkäufe auch weiter erhalten, eine Hälfte, die früher jährlich hunderttausend, jetzt aber im Krieg zur Zeit allgemeiner Not und größten Glücks breiter Massen Millionen betragt. Das ist ein schweres Anrecht, das von Ihnen, nachdem es Ihnen mindestens heute durch diese Verabredungen bekannt geworden ist, nicht gebildet werden sollte. Sie sind, Herr Herzog, auch in diesem Punkte schlecht beraten. Denn die Verteuerungssteuer, die Sie sich als oberste Regierungsbeamte erkorren haben, scheinen nicht die Fähigkeit über den Willen zu besitzen, Sie über die Stimmung und die Bedürfnisse der breiteren Massen des Volkes zu unterrichten. Machen Sie sich frei von Katgebaren, die das Schicksal eine Weltrevolution erleben ließ, deren Auffassungen aber in einer Zeit wurzeln, in der es noch Fürsten von Gottes Gnaden und Untertanen gab. Beide Begriffe aber sind inzwischen untergegangen im Blutstrom des Weltkrieges.“

Dieser offene Brief wird zumindestens erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die rechtswidrige Publikation des nicht ordnungsmäßig beschlossenen meiningischen Kirchengesetzes richten.

**Der Bischof gegen das Bürgerrecht**

Unser Kölner Parteiblatt, die „Kölnische Zeitung“, ist in der Lage, eine Eingabe zu veröffentlichen, die kirchentreuere Wähler des neuen Reichstagsabgeordneten von Koblenz, des Pfarrers Greber, am 9. Mai an das erzbischöfliche Generalsekretariat in Köln, und da sie von dort keine Antwort erhielten, am 20. Juni d. J. an den Reichstanzler gerichtet haben. Die Eingabe protestiert in scharfen Worten dagegen, daß der Bischof Herrn Greber die priesterliche Befähigung, Predigen, Bescheiden, Messenlesen untersagt habe. In hohen Worten wird die kirchengerichtete Tätigkeit Grebers gepriesen. Tausend katholische Männer seien bereit, zum Schutze ihres Seelherren und Abgeordneten bis zum äußersten vorzugehen. Dann protestiert die Eingabe gegen die Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte durch den Bischof.

„Indem der Hochwürdigste Herr Bischof unserem früheren Pfarrern die Annahme des Mandats verboten, als dieser es trotzdem begehrt, ihn suspendierte, hat er seine kirchlichen Befugnisse überschritten. ... Wir hatten dem Wahlkomitee in Koblenz keinen Zweifel gelassen, daß wir den Generalsekretar von Steinäder, den Freund des Bischofs von Trier, nicht wählen würden trotz der kräftigen Fürsprache des Bischofs für ihn.“

Wir Wähler wollten einen Mann, der aus dem Volke war und mit dem Volke fühlte und dachte, keinen Militär, der nur kommandieren von oben herab gewohnt ist. Auch waren wir und sind wir der Ansicht, daß sich die Bischöfe um rein politische Sachen, die mit der Religion nichts zu schaffen haben, gar nicht kümmern dürften. Daß aber Pfarrer Greber die katholischen Interessen weit besser und unabhängiger vertreten würde und vermöchte, als ein hoher Militär, wählten wir aus eigener Erfahrung.

Wenn nun der Hochwürdigste Herr Bischof anderer Ansicht ist, so können wir von ihm verlangen, daß er uns die Gründe mitteilt, was er weder uns noch dem Herrn Pfarrer Greber getan hat. Er ist einfach ohne Angabe von Gründen verurteilt worden.

Wir setzen darin mehe eine Bestrafung von uns, als eine von Herrn Pfarrer Greber, weil wir uns unsere politische Unabhängigkeit durch den Herrn Bischof nicht nehmen lassen wollten. Nicht minder setzen wir in seinem Vorgehen eine Beeinträchtigung unserer staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, die wir nicht dulden können noch werden.“

Der Reichstanzler hat hierauf bekanntlich bis jetzt nicht geantwortet.

## Preiserhöhung für Milch und Butter

Die Provinzialstiftung hat nun endlich eine Preisprüfungsstelle erhalten. Diese, aus 12 Personen bestehende Kommission tagte im Beisein des Herrn Oberpräsidenten am Freitag den 16. August im großen Sitzungssaal der Regierung zum erstenmal. Der Oberpräsident verteidigte die Mitglieder und gab die Gründe bekannt, die zur Bildung dieser Preisprüfungsstelle Veranlassung gaben. Es hatte sich nämlich fast immer ein wesentlicher Unterschied ergeben bei Preisfestsetzungen bei den für die Provinz Westpreußen in Betracht kommenden Preisprüfungsstellen in Danzig und Marienwerder. Die von einander abweichenden Beschlüsse machten dem Oberpräsidenten die Entscheidung schwer. Um zu möglichst einheitlichen Beschlüssen zu kommen, wurde eben diese Preisprüfungsstelle geschaffen. — Zu ihrem Vorsitzenden wurde Verwaltungsdirektor Ziehm ernannt. Von den 12 Mitgliedern sind 4 Rittergutsbesitzer, 4 Molkereivertreter und 4 Verbraucher. Zu den letzteren gehören die Herren Dr. Males, Danzig, der nicht erschienen war, Gemeinde- und Amtsverordneter Twistel, Oliva, Parteisekretär Gehl, Danzig, und Mobellischer Rudnikki, Elbing.

Wie wir schon in der letzten Nummer berichteten, bestand die erste Arbeit dieser Preisprüfungsstelle darin, sich zu einem Antrag auf Erhöhung der Milch-, Butter- und Käsepreise gutachtlich zu äußern.

Der Vorsitzende stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Frage: Wie versorgen wir die Provinz mit Milch und Butter?

Die Milchproduktion ist wesentlich zurückgegangen. Die Preise stehen nicht im richtigen Verhältnis zur Produktion. Wo die Erzeugungskosten höher sind als die Preise, hört die Produktion auf. Auf Anregung der Reichsstiftung haben sich die Preisprüfungsstellen für die Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder schon im Juni zu der beabsichtigten Preiserhöhung geäußert. Danzig konnte sich nicht entschließen, einen bestimmten Beschlus zu fassen. Marienwerder hielt die Erhöhung für dringend geboten. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur über das Maß der Erhöhung. Während die einen 50 Prozent vorschlugen, hielten die anderen die Erhöhung um ein Drittel des jetzigen Preises für angemessen.

Für die Landwirtschaft ist eine Erhöhung dringend am Platze, wenn die letzte Quelle der Fettversorgung nicht versiegen soll. Der Oberpräsident hatte sich bei der Reichsstelle für die Erhöhung um ein Drittel ausgesprochen. Die Reichsstelle hatte Reichstag und Abgeordnetenhaus befragt und durch ein Rundschreiben vom 25. Juli die Erhöhung bis zu ein Drittel empfohlen.

Zu beachten ist, daß die Milchversorgung im Winter für größere Städte schwierig ist. Bis von Strasburg mußte Milch nach Danzig herangezogen werden. Wenn Milch abgegeben werden soll, so dürfen die Erzeuger sich nicht schlechter stellen als bei Butter und Käse. Auch muß auf die Preise der Nachbarprovinzen Rücksicht genommen werden. Wenn keine Gleichheit in den Preisen besteht, erfolgt Abwanderung. Es ist nicht möglich festzustellen, was ein Liter Milch dem Erzeuger kostet. Aber es ist festgestellt, unter welchem Preise Milch nicht hergestellt werden kann. (?) Es sind Preise von 50 bis 100 Pfennig genannt. Die Reichsstelle hat eine Versammlung einberufen, auf der über die Preisbildung gesprochen wurde. Man war einstimmig für die Erhöhung um ein Drittel des jetzigen Preises. Die Ostprovinzen tagten ebenfalls. Ost- und Westpreußen waren für die Erhöhung auf 36 Pfennig pro Liter für die Erzeuger. Die Molkereien gebrauchten, um bestehen zu können, in den östlichen Provinzen 8 bis 10 Pfennig Spannung einschließlich des Verdienstes bei Quark und Käse. Bei einem Erzeugerpreis von 36 Pfennig für Milch und 4 Mark für ein Pfund Butter, würde Quark 1,10 Mark kosten.

An diese Ausführungen schloß sich eine längere Debatte an, in die der Oberpräsident wiederholt eingriff. Rittergutsbesitzer Rohrbach fuhr fort aus:

Der Milchpreis muß so hoch sein, daß er die Produktionskosten deckt. Die Preiserhöhung kommt für den Haushalt nicht in Betracht. Der Staat soll Zuschüsse zahlen, wenn er, wie im Stübner Kreise, an jede dritte Person Kriegsunterstützung zahlt. Spargroschen, die Landwirte erübrigt haben, dürfen sie nicht zuheben. Die Landwirte sind nach wie vor bemüht, dem Volke zu helfen, aber ihre Erzeugnisse müssen auch gut bezahlt werden.

Der Oberpräsident erklärt: Die Erhöhung soll die Abschächtung von Vieh einschränken und die Aufzucht fördern. Die Erhöhung wird jedem fühlbar mit einem Einkommen bis 4200 Mark.

Gehl: Es ist keine angenehme Sache um Preise zu feilschen. Dennoch erfordern es die Interessen der Verbraucher gegen diese vorgeschlagene Erhöhung entschiedene Stellung zu nehmen. Die Landwirte machen jetzt glänzende Geschäfte. Trotzdem verlangen sie wieder eine starke Erhöhung der Preise für Milch und Butter. Nach dem Beschluß der Reichsstelle werden die Milchpreise, im Verhältnis zum Friedenspreis, jetzt eine Steigerung um 300 Prozent erreichen. Diese Erhöhung führt jeder Haushalt sehr stark. Es kommt eine Mehrbelastung für ländliche Familien um etwa 90 bis 100 Mark in Betracht. Diese Mehrbelastung können die Minderbemittelten nicht tragen. Es wird immer auf die hohen Löhne der Arbeiter hingewiesen, die aber nur in der Phantasie bestehen. Die Statistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die vor kurzem veröffentlicht worden ist und das Ergebnis einer Umfrage bei 750 000 der bestbezahlten Arbeiter wiedergibt, beweist, daß z. B. in Westpreußen Löhne von 125 bis 150 Pfennig, in Schlesien von 50 bis 100 Pfennig gezahlt werden. Die höchsten Löhne kommen aber nur für eine kleine Zahl Spezialarbeiter in Betracht. An Arbeiterinnen werden heute noch Löhne von 2,50 bis 3 Mark pro Tag gezahlt. Bei diesen Löhnen können keine Spargroschen gemacht werden. Wo sie vorhanden waren, sind sie längst ausgezehrt. Das System der Anreizpreise hat völlig versagt. Durch die Erhöhung kommt kein Liter Milch mehr in die Städte. Die Abschächtung von Vieh wird dadurch auch nicht verhindert. Die von den Kreisen zu liefernden Stücke müssen geliefert werden. Wenn auf die teuren Futtermittel hingewiesen wird, so ist zu erwidern, daß die Landwirte für alle ihre Erzeugnisse jetzt geradezu ungeheure Preise erzielen. Die Preise für Rohlöhne sind z. B. um 500 Prozent gestiegen. Es wird gesagt, die Milchproduktion sei um die Hälfte zurückgegangen. Das stimmt nicht. Richtig ist, daß nur die Hälfte der Friedensmenge der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt wird. Die andere Hälfte wird zu Butter verarbeitet. Diese geht für schweres Geld in den Geschäften. Der Antrag auf Erhöhung ist ungerecht und muß abgelehnt werden.

Rittergutsbesitzer Rohrbach bezweifelt die Richtigkeit der angezogenen Statistik. Ein Mann aus Westfalen hat im letzten Jahre 6000 Mark und ein Kampner in Berlin in einer Woche 900 Mark verdient. Die Löhne der Meister sind um die Hälfte gestiegen.

Ein Molkereivertreter tritt für die Erhöhung ein und sagt, daß es kein Vergnügen ist, jetzt eine Kuh zu

messen. Die Frauen wollen diese schwere Arbeit nicht mehr leisten.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Erhöhung bei Butter pro Tag einen und bei Milch 15 Pfg. beträgt.

Rittergutsbesitzer Scheuemann: Vom kleinen Landwirt kann nicht verlangt werden, sich klar zu machen, daß er für die Allgemeinheit Opfer bringen muß. In Westpreußen haben wir die schlechtesten Verhältnisse. Wenn die Nachbarprovinzen hohe Preise haben, so verlangen wir sie auch. Für die von den Molkereien an Landwirte zurückzulehrende Magermilch, sollte nur ein Preis von 10 bis 12 Pfg. festgelegt werden. Wenn dies nicht geschieht, muß der Vollmilchpreis 40 Pfg. betragen.

Ziehm will diese letzte Anregung, gegen die sich bei den Molkereivertretern Opposition geltend macht, weiter verfolgen.

Gemeindevorsteher Twistel: Zu mir kommen täglich viele Personen. Wenn ich diese frage, wollen ihr die Erhöhung um ein Drittel tragen und auch dasselbe Quantum sichern oder wollen ihr, daß Landwirte Milchvieh abstoßen und auch dadurch der Gefahr aussetzen, keine Milch zu bekommen, so würden alle Verbraucher, auch im Arbeiterstande, sich für die Erhöhung erklären. Das möchten wir doch stark bezweifeln. Vielleicht sagt der örtliche Kriegsausschuß für Konsumanteninteressen dem Gemeindevorsteher, daß er sich gewaltig ert. (Red. Volksw.) Das verteuerte Bier nimmt der Arbeiter hin, die Kneipen sind alle voll. Der Hausverwalter kann die Erhöhung auch tragen. Höhere Beamte ohne Kapital dagegen spüren die Verteuerung sehr. In Oliva verdienen 15- bis 16jährige Jungen an der Kanalisierung 8 bis 9 Mark pro Tag. Die Milch, die in die Städte kommt, muß fast immer beauftragt werden.

Rudnikki: Durch die Erhöhung kann der Rindviehbestand nicht gesichert werden. Dadurch kommt kein Tropfen Milch mehr in die Stadt. Die Preispolitik ist vollkommen falsch. Man sollte die hohen Preise abbauen. Sie ziehen Lohnforderungen nach sich, die sehr schwer durchzuführen sind. Die angeführten Löhne in Westfalen und Berlin bestehen tatsächlich nur in der Phantasie. Ich bin qualifizierter Arbeiter in einem großen Betriebe in Elbing und habe nur 2900 Mark verdient. Die Erhöhung können ländliche Arbeiterfamilien nicht tragen.

Nachdem der Rittergutsbesitzer Meyer für die Erhöhung gesprochen und die Umlegung des zu erhöhenden Betrages bei Milch auf den Butterpreis angeregt hatte, stellte der Vorsitzende fest, daß mit Ausnahme von Gehl und Rudnikki

alle anderen für die Erhöhung um ein Drittel seien. Diese Preiserhöhung soll nicht vor dem 1. Oktober dieses Jahres erfolgen. Der Erzeugerpreis wird von da ab für Vollmilch 36 Pfg., Butter 4 Mark und Quark 1,10 Mark betragen.

Zu der Anregung, den erhöhten Milchpreis auf den Butterpreis umzuliegen, sollten die Kommunalverbände Stellung nehmen.

Der zuständige Ausschuß der Danziger Preisprüfungsstelle beschäftigte sich, wie wir schon mitteilten, kürzlich mit der Preiserhöhung für Milch und Butter. Er setzte den Kleinhandelspreis für Vollmilch auf 58 Pfg. fest. Der erhöhte Betrag von 18 Pfg. wird auf den Butterpreis umgelegt. Demnach bleibt der Milchpreis auf 40 Pfg. bestehen und der Preis für das Pfund Butter wird auf 6 Mark erhöht. Magermilch ist auf 33 Pfg. festgesetzt worden.

Die Landwirte haben ihre Preisforderung wieder einmal glatt durchgesetzt. Sie bekommen künftig für einen Liter Vollmilch 9 Pfg. mehr, obwohl erst am 1. Juni eine Preiserhöhung erfolgte. Was diese Erhöhung bedeutet, ist an einem einfachen Rechenexempel zu sehen. Der Vollmilchbedarf in Danzig beträgt rund 23 000 Liter. Die nach Danzig Milch liefernden Landwirte würden bei Lieferung dieser Menge vom 1. Oktober ab pro Tag 2070 Mark, in einem Jahre rund 7/8 Millionen Mark mehr erhalten. Die Danziger Bevölkerung muß aber 18 Pfg. mehr bezahlen. Sie würde also an Mehresten, nur für Vollmilch, 1 1/2 Millionen Mark zu tragen haben. Diese Preissteigerung, in Verbindung mit der für Magermilch, Butter und Käse ist geradezu ungeheuerlich. Sie würde auf die Ernährung und Erhaltung der Säuglinge und kleinen Kinder eine katastrophale Wirkung ausüben. Dem soll durch Umlegen des erhöhten Milchpreises auf den Butterpreis vorgebeugt werden. Aber trotzdem ist die Gefahr für den Nachwuchs groß genug. Die Verantwortung für die bösen Folgen tragen diejenigen, die für diese Verteuerung gestimmt haben. Wenn Verbrauchervertreter wie der Gemeindevorsteher Twistel, Oliva, dafür reden und stimmen, dann darf man sich über nichts mehr wundern, auch darüber nicht, daß die Begehrtheit der Landwirte ständig zunimmt. Die Folgen dieser verkehrten Preispolitik werden nicht ausbleiben.

## Danziger Nachrichten

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt

hält am Montag den 2. September, abends 8 Uhr, im Steppuhnschen Lokale eine Mitgliederversammlung ab, die sich um den leidigen Vorgängen in der Ostbahnversammlung beschäftigen und Richtlinien für unsere weitere Tätigkeit aufstellen soll. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

### Wintergarten

Heute abend verabschiedet sich das gesamte Augustprogramm. Ab Morgen Sonntag geht das neue Programm zum ersten Male über die Bretter. Es sind wiederum erstklassige Kräfte verpflichtet worden, deren Leistungen des allgemeinen Beifalls sicher sein werden. Es ist der Direktion auch diesmal wieder gelungen, nur das Beste zu bringen. Wie schon mehrmals in dieser Saison die rührige Direktion des Wintergartens unsere verwundeten heldgrauen Krieger durch Gratis-Vorstellungen erfreut hat, so veranstaltete sie auch am Donnerstag nachmittag wieder eine derartige Vorstellung, zu der sich zirta 1000 Verwundete eingefunden hatten, die den Vorführungen des überreichen Programms mit großem Interesse folgten und reichen Beifall spendeten. Am Sonntag findet wiederum neben der abendlichen Hauptvorstellung eine Familien- und Kinderdarstellung mit dem neuen Programm nachmittags zu ganz kleinen Preisen, statt.

### Aus dem Gewerkschaftskreis

In der Kartellung am 5. Aug. ist wurde der Kartellausschuß beauftragt, eine Versammlung anzuberaumen, um eine Aussprache über die mißlichen Ernährungsverhältnisse herbeizuführen. Am Montag den 26. August versammelten sich im Lokale Steppuhn die Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierten und Vertrauensleute um die Tätigkeitsberichte ihrer Vertreter in den Ernährungskommissionen entgegen zu nehmen. Als Berichterstatter waren die Kollegen Gehl, Arczynski, Sellin und Habenicht vorgelesen.

In etwa einstündiger Rede erledigte Kollege Gehl seine Aufgabe. Ausgehend von dem allgemeinen Stande der menschlichen Ernährung schiedet Redner in eingehender Weise seine Tätigkeit in der Preisprüfungsstelle und den Kommissionen. Es ist grundfalsch, wenn behauptet wird, daß durch hohe Preise eine Sparmaßnahme im Verbrauch der Lebensmittel hervorgerufen wird. Bei den hohen Rationen und der allgemeinen Knappheit der Lebensmittel ist die Bevölkerung gezwungen, alle nur erhältlichen Waren zu kaufen. Der Vertreter des Kriegsernährungsamts in Danzig erklärt es für töricht, wenn die auf dem Wege des Schleichhandels erstandenen Lebensmittel beschlagnahmt werden. Kerze behaupten, daß, wenn nur rationierte Lebensmittel verbraucht würden, die Bevölkerung im 1/2 Jahren am Ende ihrer Kraft wäre. Diese Behauptung ist ein hartes Urteil gegen die geübte Ernährungspolitik. Durch Anreizpreise soll eine stärkere Produktion von Lebensmitteln eintreten. Kein Gramm Brot, keine Kartoffel gibt es mehr, wenn den agrarischen Kreisen neue Liebesgaben gegeben werden.

Ein recht trauriges Bild bietet die Fleischversorgung. Die Schweinezucht, die, wenn auch in beschränktem Maße, der Bevölkerung Fett lieferte, ist fast ganz eingegangen. Wohl weist unser Kinderbestand noch eine ansehnliche Höhe auf. Aber unumkehrbar ist das Gewicht des einzelnen Stückes zurückgegangen. Es trifft zu, daß höchstens 40 Prozent des Stallgewichtes als Schlachtgewicht verbleiben. Die Preise für Fleisch sind entsprechend der Güte enorm hoch. Der Trog wird nicht der Füllbevölkerung zur Verfügung gestellt, sondern geht für 30 Pfennig das Pfund nach Königsberg, um dort zur Margarinefabrikation verwertet zu werden. Von der letzten Preiserhöhung haben die Schlächter keinen Vorteil. Die Kartoffelversorgung war im letzten Wirtschaftsjahr besser als im Vorjahre. Trotzdem müssen wir erneut die Forderung nach Gewährung von mindestens 10 Pfund erleben. Die Brotversorgung ist verhältnismäßig am besten geregelt. Leider hat auch in diesem Jahre wieder eine Vertüfung stattge-

funden. Die Erhöhung des Preises für Brotgetreide wird mit den gestiegenen Produktionskosten begründet. Es trifft nicht zu, daß diese Kosten gestiegen sind. Selbst von einsichtigen Landwirten wird das Gegenteil behauptet. Die Frühbruchprämie, welche bis zum Oktober gezahlt wird, übernimmt angeblich das Reich.

Zum ersten Male tagte am 16. August die Preisprüfungsstelle der Provinzialstiftung, an welcher Arbeitervertreter aus Danzig und Elbing teilnahmen. In dreistündiger Sitzung wurde über die Erhöhung der Milch- und Butterpreise verhandelt. Das Ergebnis war, daß eine weitere sehr starke Erhöhung der Preise für diese Produkte beschlossen wurde. (Siehe den Artikel: Preiserhöhung für Milch und Butter, den wir an anderer Stelle dieser Nummer abdrucken.)

Zur Schluß wirft der Redner die Frage auf, ob es zweckmäßig sei, nach all den gemachten ungünstigen Erfahrungen noch weiter in den Kommissionen mitzuarbeiten. Er ist dafür. Würden die Arbeitervertreter nicht mehr mitarbeiten, dann ginge sie ihres Einflusses verlustig und dies kann nicht im Interesse der Arbeiter liegen.

Kollege Arczynski erstattet Bericht über die Tätigkeit im Großen Arbeiterausschuß. Wir können in diesem Ausschuss keine Beschlüsse fassen, sondern haben nur beratende Stimme. Trotzdem müssen wir in dieser Körperschaft weiter tätig sein, einmal, weil wir durch Vortrag der Dezerneuten über den Stand der Volksernährung unterrichtet werden und dann auch, weil wir die Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft vortragen können. Wenn auch vielfach behauptet wird, daß dieser Ausschuss nur eine Beruhigungspille sein soll, so gibt es doch Momente, wo die Geister aufeinander prallen und die Wogen recht hoch gehen.

Kollege Sellin entrollt ein Bild von der Tätigkeit unserer Mitarbeiter im Schwerarbeiterausschuß. Dieser Ausschuss, aus 20 Personen gebildet, hat die Aufgabe, über die Verteilung der Zulagen für Schwer- und Schwacharbeiter zu wachen. Durch einheitlich aufgestellte Grundsätze gebunden, muß sich der Ausschuss daran halten. Darauf ist es zurückzuführen, daß oftmals eine Kritik der Arbeiter über diese Einrichtung einkehrt. Wir sind ständig bestrebt, das Beste für die Gesamtarbeiterschaft zu erwirken.

Als letzter Redner bepricht Kollege Habenicht die Einrichtung der Speisehallen und die Tätigkeit in der Kostkommission. Die Speisehallen werden auch den Krieg überdauern. Es ist Pflicht, alles auf eine möglichst gute Ausgestaltung dieser Einrichtung anzuwenden. Durch fortgesetzte Kritik ist dies auch bis zu einem gewissen Grade gelungen. Das Essen hat sich nach der Tätigkeit der Kostkommission gebessert. Leider haben wir feststellen müssen, daß manchmal zu wenig Lebensmittel zur Bereitung der Speisen vorhanden waren und hiesige Händler ausheulen mußten. Der Vertriebsausschuß der Speisehallen sollte für bessere Verhältnisse sorgen. Redner kritisiert in längeren Ausführungen die Lage Beteiligung einiger Mitglieder des Kostsausschusses.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich die Kollegen Boß, Arczynski, Gehl, Krahn, Frau Leu, Jäpel und andere beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, die Debatte zu vertagen und eine zweite Versammlung einzuberufen, in der zunächst Arczynski und Jäpel über ihre Tätigkeit berichten werden.

### „Christliche“ Kriegsbeschädigten-Fürsorge

Die sogenannte christliche Arbeiterbewegung hat seit ihrem Bestehen den Zweck verfolgt, die einheitliche Front der Arbeiterbewegung zu zerstören. Wo irgend angängig, gründeten sie Organisationen, die sich in der Hauptsache gegen die freien Gewerkschaften richteten. So entstanden nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern die christlichen Arbeiterführer fehlen ihr Zerspaltungswert auch auf anderen Gebieten fort. Wir erinnern nur an die in letzter Zeit erfolgte Gründung eines christlich-nationalen Konsumvereins in Danzig. Wirksam und erfolgreich aber können die Interessen der Arbeiterschaft nur vertreten werden, wenn sie in einheitlicher und geschlossener Front vertreten werden. Ein besonders skandalöses Verhalten leisteten sich die heftigen christlichen Arbeitervertreter, als in einer Versammlung, die am 28. August im Jesephshaus stattfand, dazu schreiten wollten, auch die Kriegsbeschädigtenbewegung durch Gründung einer christlichen Organisation zu zerspättern. Die Versammlung war

von den ... Gewerkschaften ...  
Gewerkschaften und mehreren anderen Vereinen vereinigt  
worden. Die freien Gewerkschaften waren nicht eingeladen.  
Mit mehreren anderen Kriegsbeschädigten war auch der Vor-  
sitzende Dr. G. A. M. der hiesigen Ortsgruppe des Reichs-  
bundes deutscher Kriegsbeschädigter erschienen. Gleich nach  
Eröffnung der Versammlung bewies aber der Einberufer  
Schaffke seine christliche Toleranz. Er richtete an die Ge-  
schienen die Frage, ob sie damit einverstanden seien, wenn  
er die Mitglieder des Reichsbundes von der Versammlung  
ausschließe. Diefelben wären nur aus Neugierde gekommen.  
Auch der christliche Gewerkschaftssekretär Schüller er-  
klärte sich als ein tapferer Heimkrieger; er verlangte die radi-  
kale Beseitigung des Reichsbundes. Gegen Grafmann erhob  
Schüller, bei dieser niemals im Felde war und seit ge-  
räumer Zeit wieder als christlicher Arbeitersekretär reaktiviert  
ist, den Vorwurf der Drückererei. Diese Verdächtigung  
ihres Kameraden rief unter den anwesenden Kriegsbeschädig-  
ten lebhafteste Empörung hervor. Nach dieser Mühe erhielt  
Grafmann das Wort und konnte den christlichen Jesuiten  
nicht heimlich. Diese wollten auch die Kriegsbeschädigten  
wieder bevormunden. Die Mehrzahl der Anwesenden wären  
überhaupt keine Kriegsteilnehmer, sondern reaktivierte Heim-  
krieger, wie die christlichen Gewerkschaftsangehörigen Gai-  
lowski und Schüller. Diese Kennzeichnung ihrer  
Tätigkeit löste bei der christlichen Versammlungsleitung so leb-  
haften Unwillen aus, daß sie die anwesenden Kriegsteilnehmer  
zum Verlassen des Saales aufforderten. Wir wissen nicht, ob  
die reaktivierten Christen es dann fertig bekommen haben,  
eine Sonderorganisation zu gründen. Dies Gebahren der hie-  
sigen Zentrumsführer reißt sich würdig dem Treiben der Ber-  
liner Vaterlandspartei gegen die Kriegsteilnehmer an. Zwar  
bearbeitete man dieselben hier nicht mit Knippen und Fuß-  
tritten, wie feinerzeit in der Berliner Versammlung, sondern  
nach „christlicher“ Art mit Verdächtigungen und Hinauswurf.  
Mit solchen Methoden wollen dann diese „Arbeitervertreter“  
Vertrauen in den Reihen der Kriegsbeschädigten erwerben.  
Das wird ihnen nach diesem beschämenden Vorkommnis nicht  
mehr gelingen. Alle Kriegsbeschädigten sollten erkennen, daß  
der Reichsbund deutscher Kriegsbeschädigten und ehemaliger  
Kriegsteilnehmer die einzige Organisation ist, die sich wirksam  
der Interessen der ehemaligen Kameraden annimmt.

### Widerwärtige Potenzen

traßen die „Danziger Neuzeit Nachrichten“ fortgesetzt. Der  
Bote werde, das sei die Ansicht der Besten unseres Volkes, nie  
des Deutschen aufrichtiger Freund werden, nur der Respekt vor  
der Macht und dem festen Willen halte ihn, der einen unge-  
messenen Größenwahn habe, in Schranken.

Die Polen sind nicht anders von Charakter als die  
Deutschen und andere Völker. Bei uns fehlt es ganz und gar  
nicht an Leuten, deren Ueberhebung das deutsche Volk als  
„größenwahnsinnig“ charakterisieren würde, wenn nicht glück-  
licherweise jene düsterhaften Rechtspolitiker bedauerliche Aus-  
nahmefälle wären.

Wenn die Polen wirklich nicht aufrichtige Freunde des  
deutschen Volkes werden sollten, wäre dies die Folge einer  
verheerenden Politik. Der polnische Adel und die Bourgeoisie in  
Kongress-Polen werden allerdings stets nach Eroberung Polens  
und Westpreußens streben. Auch wenn ihnen aus innerpolitischen  
Gründen noch so viel Macht in dem neuen Königreiche  
eingeräumt werden sollte, werden sie, statt dankbar zu sein,  
um ihrer Profitliebe willen auf Annexionen deutscher Gebiete  
kommen. Dafür können wir uns mühelos die Freundschaft der  
breiten Massen des polnischen Volkes sichern. Wir brauchen  
nur die antipolnischen Ausnahmefälle in Preußen aufzu-  
heben und vor allem Kongress-Polen in einen streng demo-  
kratischen Staat ohne Herrenhaus zu verwandeln, in einen  
Staat, in dem eine aus allen Klassen, gleichem, geheimem und  
direktem Proportionalwahlrecht aller mindestens 20 Jahre  
alten Männer und Frauen hervorgegangene Volksvertretung  
regiert.

### Leuerung und Arbeiterlöhne.

Dieses Thema dürfte sobald nicht wieder von der Tages-  
ordnung verschwinden. Während die einen immer noch, trotz  
mehrfacher Aufforderung, fälschlicherweise von Phantastelöhnen  
sprechen, um ihre unverschämten Preisforderungen für Nahr-  
ungsmittel und Bedarfsartikel zu rechtfertigen, wehren sich  
die beschäftigten Arbeiter ganz entschieden gegen die ihnen an-  
gedeuteten Mehreinnahmen. Wir haben ebenfalls wiederholt  
den Kommissar der Nachrichten der Behauptung von den hohen  
Löhnen gabelnmäßig erbrocht und demnach hört man bei jeder  
Gelegenheit denselben Unsinn aussprechen. Es kann also gar-  
nicht oft genug betont werden, daß die Arbeiter wohl gerne  
hohe Löhne haben möchten, aber nicht bekommen können,  
und daß ihre Löhne im Durchschnitt in gar keinem richtigen  
Verhältnis zu den hohen und immerwährend steigenden Frei-  
sen stehen. Dazu wird uns von anderer Seite geschrieben:

Man hört und liest zwischen die Reihen, als sei die  
Leuerung durch Erhöhung der Arbeiterlöhne entstanden. Diese An-  
sicht ist aber unhaltbar und erregt gewisses Mißtrauen. Die  
Leuerung ist entstanden wegen des Preisanstiegs, der die hohen  
Angebotpreise bringt, sei es aus der Verminderung des Geldwertes  
durch reichliche Ausgabe von Zahlungsmitteln, dann auch durch  
Geldmangel in der Erzeugung, die der Krieg mit sich gebracht hat.  
Diese Preissteigerung verlangt gewissermaßen eine Erhöhung der Löhne,  
wenn man nicht sonst den Verlust der Kaufkraft durch den Preis-  
anstieg zu kompensieren hätte. Die Preise sind um etwa 20 Prozent  
gestiegen. Die Löhne aber um etwa 100 Prozent und die Arbeiter  
noch weniger. Für den Doppelten Lohn können die Arbeiter nicht das an  
Geld verdienen, was sie vor dem Krieg mit dem halben Lohn  
verdienten. Wenn man ihnen die Löhne erhöhen würde, so würde man  
sie zu einem noch größeren Schaden bringen. Man tut ihnen keinen  
Dienst, wenn man ihnen den hohen Lohn zerschmettert und ihm die  
Schuld an der Leuerung zuschreibt, die die Arbeiter ebenso bringen  
wie alle anderen Bürger, mit Ausnahme der  
Vergewaltigten.

### Der amtliche Wohnungsnachweis.

Der von der Kriegsamtsstelle in dem Hause Pfefferstraße 52 ein-  
gerichtete Nachweis über die im Hause aufzunehmenden Personen  
erhalten haben, haben sich hier 121 Wohnungsuchende, der nur  
51 Wohnungen von Wohnungen und Schlafstellen gegenüber  
finden. Bemerkungen kamen bisher auf Grund dieser  
Anmeldung zustande. In der Hauptsache werden keine

Arbeiterwohnungen gehabt. Es sind viele leerstehende Wä-  
ndel vorhanden, deren Umwandlung in Wohnungen sich empfiehlt  
würde. Bei der Meldung der Wohnungen sind anzugeben die  
Zahl der Zimmer mit Nebengelass, Boden, Keller, der Preis  
und der Zeitpunkt der Freigabe der Wohnung. Zur An-  
meldung der leerstehenden Räume ist bekanntlich der Vermieter  
verpflichtet.

Unstimmigkeiten scheinen augenblicklich in der hiesigen  
Spar- und Konsumgenossenschaft vorhanden zu sein.  
Darauf wird uns folgendes geschrieben:

Die Leitung des Danziger Konsumvereins hat den bis-  
herigen Geschäftsführer, Genossen Rittich gekündigt. Er  
wird am 1. September sein Amt verlassen. Genosse Grün-  
hagen, der Gründer des hiesigen Konsumvereins, der vor-  
herige Geschäftsführer war, wird die Geschäfte übernehmen.

Dieser Wechsel der Geschäftsleitung gibt gewissen Leuten  
ermüdete Gelegenheit, allerhand unsinnige Gerüchte über  
angebliche Mißstände in den Konsumgeschäften in Danzig und  
Gangjahre zu verbreiten. Die Geschäftsleitung sollte gegen  
diese Verleumdungen, die absichtlich ausgestreut werden um das  
Geschäft zu schädigen, entschieden vorgehen, entweder durch  
Veröffentlichung der wahren Gründe der Entlassung des Ge-  
schäftsführers in der „Volkswacht“, oder durch Einberufung  
einer Generalversammlung der Mitgliedern Aufklärung geben.  
Geschicht keines von beiden, so können durch diese Unter-  
lassung drohende Gefahren für die günstige Weiterentwicklung  
der Genossenschaft entstehen, denen durch eine Generalver-  
sammlung schnell und gründlich vorgebeugt werden könnte.

Die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst  
hatte am Dienstag im Danziger Rathaus eine Sitzung, die  
der Vorsitzende, Landrat von Aumers mit einer kurzen Dar-  
legung eröffnete. Danach sind die Aussichten der Gemüse-  
ernte ziemlich gut. Das gleiche kann gesagt werden von der  
Getreideernte. Die Sommerernte kann noch werden. Schlecht  
ist nur die Raufutterernte. Die ausgesprochene Frühkartoffel-  
ernte, die mittelfrühe Kartoffel ist besser und die Herbst-  
kartoffel wird voraussichtlich gut. Die Gemüseversorgung ist  
angemessen, in grünen Bohnen herrscht sogar ein gewisser  
Ueberfluß. Die Obsterte ist weniger günstig, die Birnen-  
ernte ist schlecht, auch in Pflaumen ist sie minderwertig, in  
Äpfeln ist sie verschieden. Die Provinzialstelle hat erst 800  
Zentner Obst erfasst. Vom Obst wird wenig in den Verkehr  
kommen, eigentlich nur das Edelobst, alles übrige Obst, auch  
das Tafelobst, wird den Marmeladenfabriken überwiesen, von  
denen in der Provinz drei sind, die Baltische Zuckerraffinerie  
in Neufahrwasser, die zweite in Marienwerder, die dritte bei  
Graudenz. In Bezug auf Preise und Behandlung gibt es  
seit dem 19. August kein Frühobst mehr, alles ist jetzt Herbstobst.

Es folgt dann eine 2 1/2 stündige Beratung über die  
Preise. Diese Verhandlungen nehmen stets einen interessanten  
Verlauf. Die Erzeuger können sich nicht beklagen, da sie auch  
unter den Verbraucher einige sehr entgegenkommende Ver-  
treter oder Vertreterinnen haben. Vielfach stimmen die Frauen  
geschlossener Erzeugerisch. Von grundsätzlicher Bedeutung war  
die Aussprache über die Handelszuschläge, deren Höhe von  
Verbraucherseite entschieden bekämpft wurde und auch auf  
der Erzeugerseite konnte man sich dem nicht verschließen. Der  
Vorsitzende teilte mit, daß die östlichen Vertreter in Berlin  
den gleichen Standpunkt einnehmen, doch aus westlichen  
Großstädten wird auf heute Handelspreise hingedrängt. Für  
die Rote Rübe erhält der Erzeuger 7 Mark den Zentner, der  
Handel aber 8 Mark Aufschlag. Der Geschäftsführer F. Kawalki  
stellte eine Rechnung auf, nach der der Großhandel im Durch-  
schnitt einen Aufschlag von 4 Mark haben müsse. Diese Auf-  
stellung fand starken Widerspruch und man ermäßigte den  
Aufschlag auf 3 und 2 Mark den Zentner für den Groß-  
handel. Auch der Kleinhandelsaufschlag war sehr hoch. An  
kleinen Karotten z. B. sollte der Kleinhandl. 4 Mark am  
Zentner verdienen. Hier wurde der Aufschlag auf etwa  
2 Mark herabgesetzt. Die Preisspanne wurde so erheblich  
gemindert, so daß sich der Verbraucher einer fühlbaren Er-  
mäßigung erfreuen wird. Der Zentner Weißbrot, den man  
in Danzig vor zwei Jahren für 5 Mark kaufte, der jetzt  
16 Mark kostet, wird für 12 Mark zu haben sein. Mohrrüben  
für 9 und 12 Mark, Rote Rüben für 10 Mark. Die endgültige  
Feststellung der Höchstpreise erfolgt in Berlin.

### Eine löbliche Einrichtung

hat der Magistrat getroffen. Er wird künftig Schulkindern,  
die Lauben sammeln, für jeden Tag der Teilnahme eine  
Brotzunge von 125 Gramm gewähren.

Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in  
heutiger Nummer bekannt, was für Lebensmittel er in nächster  
Woche abgeben will. Besonders erwähnenswert ist, daß die  
erste Sondermarke der Speisefettkarte ausgeben wird, für  
die es Kaffee-Ertrag geben soll. Näheres siehe Inserat.

### Durchsuchung von Postsendungen.

Das Reichspostamt hat gestattet, daß noch nicht einge-  
lieferter Posten im Schaltercorridor durch Gendarmen und  
Postzubeamte durchsucht und beschlagnahmt werden, wenn das  
ohne Störung des Postbetriebes angängig ist. Eine Durch-  
suchung des Postgeheimnisses will die Postverwaltung darin  
nicht erblicken, weil es sich um Sendungen handelt, die über-  
haupt noch nicht in ihre Hände gelangt sind. Von dem Augen-  
blick ab, wo das Publikum die Pakete den Postbeamten über-  
geben hat, wird den Postzubeamten selbstverständlich kein Zu-  
griff mehr gestattet. Die Postverwaltung kann, so macht sie  
wiederholt geltend, der Postzeit, wenn sie sich in Verfolgung ge-  
legentlich der Leutenhaftigkeit befindet, den Zutritt zu ihren  
Schaltercorridoren, die für jedermann geöffnet sind, eben-  
wenig verweigern, wie ein Privatmann es für seine Räume  
tun könnte. Auf dem gleichen Standpunkt steht auch die Eisen-  
bahnverwaltung.

Das kann ja nicht werden.

### Oftentliche Steuermaßnahme.

Wie die hiesige Steuerkasse im Angeigenteil der Dan-  
ziger Volkszeitung bekannt macht, sind rückständige Steuern für  
das 2. Vierteljahr bis zum 1. September an die Steuerkasse zu  
entrichten. Vom 2. September an werden die Steuern folgen-  
pflanzig beigetrieben.

Der bekannte Zentrums-Redakteur  
Felix Altmiller hatte sich kürzlich wegen Uebertretung der  
Polizeistunde vor dem Schöffengericht verantworten müssen.  
Er wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

### Eine Bekanntmachung

über Neuordnung der Beschlagnahmebestimmungen für Spar-  
metalle veröffentlicht die stellv. Intendantur im Angeigenteil  
dieser Nummer.

Der Vorstand der Bekanntmachung ist bei den Landrats-  
ämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

### Leer für Instandsetzungsarbeiten

Ende Mai dieses Jahres wurde bekanntgegeben, daß das  
Kriegsministerium für Instandsetzungsarbeiten Leer frei-  
gegeben hat, daß aber nur die allerdringendsten Anträge be-  
rücksichtigt werden könnten, da die zur Verfügung stehende  
Menge sehr gering sei. Hierauf wird nochmals hingewiesen.  
Die Anträge werden genau geprüft, können aber infolge  
der Knappheit an Leer nicht sämtlich genehmigt werden. Bis  
auf weiteres werden daher auch keine Anforderungsbefehle  
mehr ausgegeben. Persönliche Vorstellungen und Ergeben  
bei der Kriegsamtsstelle Danzig wegen schnellerer Zuteilung  
sind daher zwecklos.

Zu dem lokalen Militärspottfest, das am kommenden Son-  
ntag, den 1. September, nachmittags 3 Uhr, bei freiem Eintritt für  
jedermann auf dem Heinrich-Ehlers-Platz, hinter dem Städtischen  
Krankenhaus, halbe Allee, stattfinden, hat sich, wie uns gemeldet  
wird, bei den Garnisontruppenteilen großes Interesse zu erkennen  
gegeben, indem über 100 Weibungen eingegangen sind.

Die großzügige Veranstaltung gliedert sich wie folgt: 100  
Meter Mal-Lauf, 400 Meter Mal-Lauf, Handgranaten-Wettwurf,  
Handgranaten-Zielwurf, Kugelschießen, Hochsprung, Weitsprung,  
Turnen am Reck, Turnen am Barren, Hindernislauf mit Kampfgas-  
masken, Fitbentänze und Tauziehen. Die Sieger erhalten wert-  
volle Preise. Der freie Eintritt zu dem Fest wird sicher Hunderte  
anlocken.

### Verwendung von Papierabfällen.

Täglich gehen große Mengen von Papier, Pappen usw.,  
welche achlos dem Hausmüll beigemengt werden, verloren, die  
bei gesonderter Sammlung und getrennter Aufbewahrung in  
den Haushalten oder Betrieben wieder der Verarbeitung zu-  
geführt und damit der Rohstoffversorgung dienstbar gemacht  
werden könnten. Um die achlose Vernichtung von Papier usw.,  
zu verhindern, ist durch eine am 1. September 1918 in Kraft  
tretende Verordnung auf Grund des Gesetzes über den Be-  
lagerungsstand verboten worden, Papier auch Zeitungen,  
Zeitschriften, Bücher, Pappe und Abfälle oder Reste von Pa-  
pier oder Pappe dem Hausmüll beizumengen, oder lediglich  
zum Zwecke der Vernichtung zu verbrennen. Für die Ver-  
wertung gesammelter Papier- und Pappabfälle bietet sich heute  
teils durch die Sammelstellen der an fast allen Orten gegrün-  
deten Ortsausschüsse für Sammel- und Helferdienst, teils durch  
den Handel überall Gelegenheit.

## Aus Westpreußen

### Kriegerwitwen in der Provinz!

Auch für die Kriegerwitwen in der Provinz gilt der  
Erlaß des Kriegsministeriums, wonach sie vom 1. Juli 1918 an  
für sich selbst und ihre Kinder Zuschläge zu den Renten erhalten.  
Diese Zuschläge zahlt aber die Post nur dann, wenn die Krieger-  
witwen eine Bescheinigung darüber vorlegen, daß sie vorher  
Behrunterstützung bezogen haben.

Die Kriegerwitwen müssen sich also in den Dörfern vom  
Gemeindevorsteher, in den Städten vom Magistrat die Be-  
scheinigung über die früher gezahlte Behrunterstützung be-  
sorgen. Ohne diese Bescheinigung zahlt die Post nicht die  
Rentenzuschläge!

### Für den Ausbau der Memel

erklärt sich mit Recht eine Denkschrift des Vorstehersamtes der  
Königsberger Kaufmannschaft. Die Denkschrift wurde dem  
Hauptauschuß des preussischen Abgeordnetenhauses überreicht,  
der gegenwärtig ein Fahrt durch Ostpreußen unternimmt,  
und an der auch Genosse Braun teilnimmt. Auch für die Um-  
gestaltung des masurenischen Kanals und seine Fortsetzung nach  
Grodno zur Verbindung mit der Ukraine spricht sich die Den-  
kschrift aus.

Der Ausbau der Wasserstraßen, von dem auch West-  
preußen große Vorteile haben würde, ist zur Verbilligung des  
Transportes unserer Bedenkmittel und der sonstigen Bedarfs-  
artikel sowie als Vorbedingung zur Schaffung von Wohnungen  
an den Ufern der Wasserstraßen eine dringende Kulturtaufgabe.

Ohra. Das am letzten Sonntag in der Ostbahn  
stattgefundene Sommerfest des Sozialdemokratischen  
Vereins Ohra erfreute sich eines guten Besuches und ver-  
ließ ausgezeichnet. Mitglieder der Danziger Arbeiter-Jugend  
erzielten durch gute gesungene Leistungen und Aufführung  
einer Reigentänze lebhaften Beifall. Großes Interesse und  
viel Heiterkeit löste, wie immer, die „Dramatische Vereinigung“  
mit der Aufführung der vortrefflichen Hans-Sachs-Schwänke:  
„Der gestohlene Schinken“ und das „Räuberbrüten“ aus.  
Die gute Stimmung hielt die Teilnehmer bei leidlichem Konzert  
bis zur Polizeistunde zusammen. Das finanzielle Ergebnis  
ist ebenfalls zufriedenstellend.

Danzig-Land-Hölle. Die nächste Mitgliederversammlung  
des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, den 1. Sep-  
tember, vormittags 9 1/2 Uhr im bekannten Lokale statt. An  
Stelle des Genossen Gehl, der verhindert ist, wird Genosse  
G r a h m a n n einen Vortrag halten.

Löbau. Der Wahltermin für die Landtagsersatzwahl  
im Wahlkreis Löbau ist jetzt festgelegt worden. Die Wahl-  
männereritzwahlen finden am 3. September, die Abgeordneten-  
wahl am 17. September statt. Die Konservativen haben als  
Kandidaten den Rittergutsbesitzer Richter, Ludwigsflust, auf-  
gestellt. Der Wahlkreis war bisher in polnischem Besitz. Es  
scheint so, als wenn alle bürgerlichen Parteien den „deutschen“  
Kandidaten Richter unterstützen werden, um den Wahlkreis  
den Polen zu entreißen. Ob dies gelingen wird, ist freilich  
eine andere Frage. Die Sozialdemokratie beteiligt sich an  
dieser Wahl nicht. Vielleicht wagen es die „Unabhängigen“  
in diesem Wahlkreis. Hier könnten sie die Stimmung der  
Massen recht gut kennen lernen. Also, los!

Der Generalsekretär der christlichen G...  
Stegerwald, der bekanntlich seit einiger Zeit an dem Preussischen  
Herrenhaus angehört, hielt dieser Tage in Essen und Köln zwei  
wichtigste Reden, in denen er die offene Ausstossung der im  
Zentrum vorhandenen Gegenstände vorzuziehen. Ueber diese Gegenstände  
sprach sich Stegerwald ausführlich aus. Ein Teil der Zentrums-  
mitglieder aus adeligen Kreisen lebt noch ganz in den Gedanken-  
gängen des altpreussischen Feudalismus. Zwischen ihm und den  
Zentrumsdemokraten aus dem Kleinbürgertum und dem Arbeiter-  
stande sei es nie zu einer wirklichen Verständigung gekommen. Seit  
seiner Gründung habe das Zentrum sich zum gleichen Wahlrecht be-  
kannt, in der Entscheidungsfrage aber habe ein Drittel der Fraktion  
verweigert.

Besserung erhofft Stegerwald von rücksichtsloser öffentlicher  
Erörterung aller Probleme, von der Bildung einer festen Partei-  
organisation mit einem aktionsfähigen Parteivorstand und von sorg-  
fältiger Rücksichtnahme auf die politische Psyche der Arbeiter. Die  
Zentrumsarbeiter wollten nicht aus der Partei ausscheiden. Aber  
wenn sie eine christliche und staatsbeherrschende Partei bilden wollten,  
so verlangten sie doch von einer solchen auch Großzügigkeit und  
Vollständigkeit. Es sei ein Unbilden, die Genossenschaftsbildung bei  
Landwirten und Mittelständlern freundlich zu unterstützen und gleich-  
zeitig von den Arbeitern zu verlangen, daß sie aus dieser Rücksicht  
auf den überhöhten kaufmännischen Mittelstand auf genossenschaft-  
lichen Wareneinkauf verzichten. Es liege sich auf die Dauer nicht  
ertragen, daß die katholischen Bauern zwar nicht ebenso lärmend, aber  
genau energisch wie der Bund der Landwirte die Geldinteressen der  
Bauern zum alleinigen Maßstab ihres Verhaltens machten, während  
man gleichwohl von den christlichen Gewerkschaften fordere, daß sie  
die Arbeiterinteressen nicht ebenso kräftig wahrnahmen wie die  
Sozialdemokratie.

Stegerwald fordert deshalb einen neuen Partiaufbau, der den  
Arbeitern, Angestellten und Beamten das ihnen zukommende Maß  
von Einfluß sichere. Entweder müsse im Rahmen des Zentrums  
eine besondere christlich-soziale Arbeiterpartei nach österreichischem  
Muster gebildet werden, oder es seien besondere Arbeitervereine  
zu gründen, oder die katholischen Arbeitervereine müssen ihren Cha-  
rakter als Standesorganisationen schärfer ausbilden und auch dadurch  
zum Ausdruck bringen, daß sie Arbeiter an Stelle der Kaplanen zu  
Vorständen hätten, oder endlich die Parteiorganisation selbst müsse  
auf eine breitere Grundlage gestellt werden, daß die Volksmassen in  
ihre besser zur Geltung kämen. Schlägt man nicht diese Wege ein,  
so werde in immer wachsendem Maße die Sozialdemokratie den  
politischen Sammelpunkt für die deutsche Arbeitererschaft bilden.

So Herr Stegerwald. Man kann aus seinem Vortrage schließen,  
daß sich in der katholischen Arbeitererschaft ein scharfer Zug nach links  
zur Sozialdemokratie bemerkbar macht. Die christlichen Gewerk-  
schaftsführer haben die schwere Aufgabe, die katholischen Arbeiter  
beim Zentrum zu halten, und sie haben sich ihr mit mehr Geschick  
und Erfolg unterzogen, als uns lieb ist. Wenn sie nun sehen, wie  
Zentrumsmagnaten, Zentrumstraganten und Zentrumsalldeutsche ihre  
Arbeit zunichte machen, dann kann sie einmal schon die Verzweiflung  
packen.

Den notwendigen Entwicklungsprozeß, der alle Arbeiter und  
Angestellten, das ganze werktätige Volk unter der Fahne des Sozialis-  
mus sammelt, wird freilich keine faktische Kunst aufzuhalten im-  
stande sein.

### Sandhausen, Zuchthaus und Kirche

Daß manche Leute, die bisher in falschen Vorstellungen ge-  
lebt haben, infolge der Nachrichten aus dem Westen einen Vernunft-  
schwachsinn erlitten, ist weiter nicht verwunderlich und auch nicht gefährlich.  
Neuzeitkritiker gibt es in jedem Volk. Aber gewissenlos ist es, wenn  
Zeitungseditionen solche Ansätze zum Gegenstand öffentlicher  
Schaufstellung machen, und wenn das fromme Berliner Pastoren-  
blatt „Der Reichsbote“, einen gewissen Ludwig Langemann das  
deutsche Volk folgendermaßen anrufen läßt:

„Voll Reid mußt du hinziehen auf deine Todfeinde, die von  
widerstrebenden, glühenden Patrioten vorwärts getrieben werden, dem  
Sieg entgegen. Clemenceau bringt jeden Landesverräter und Flau-  
macher auf den Sandhaufen oder ins Zuchthaus; du aber duldest  
offenen Landesverrat in deinen Grenzen und erträgst die systema-  
tische Feindschaft. Fluch allen nichtswürdigen, todeswürdigen  
„Reichsboten“, die im Sinne — und vielleicht im Dienste — unserer  
falschen Freunde und unserer Todfeinde den Kampf- und Sieges-  
wille unserer Feldgenossen systematisch untergraben und den Aufstieg  
Deutschlands zur Weltmacht, unser eigenliches Kriegsziel, in größ-  
ter Parteiverblendung oder in offenkundiger Landesfeindschaft ver-  
hindern wollen. Deutsches Volk, geh in deine Kirchen und bete zu  
deinem Gott, daß er seine Gnade völlig mache und deinem Kaiser  
die Kraft gebe, unseren Bismarck von den Toten zu erwecken, den  
Geist dieses Hercules neu zu beleben, der den deutschen Unglücksfall  
rettete, die Hydra der Zwietracht erschlug und sein Volk rettete aus  
Kalamität, Verrat und Verderben!“

Also „deutsches Volk, geh in die Kirche und bete, daß der  
Kaiser recht viele Deutsche erschlagen lassen möge. In der Leiche  
jedes erschlagenen „Reichsboten“ wird Ludwig Langemann die  
Gnade Gottes preisen. In seinen Göttern malt sich der Mensch...

### Die Sozialdemokraten haben Schuld

Während des Krieges haben die Landwirte, wenn es ihnen  
unmöglich viel besser geht, als den Massen der Stadtbewohner,  
wie diese auch unter einer großen Summe von Verordnungen zu  
leben. Das gehört zu den unvermeidlichen Kriegsleiden, weil, wie  
zuletzt allgemein anerkannt, die „freie Wirtschaft“ im Kriege direkt

zum Maßstab gemacht und nicht zum freien Verfall des Krieges  
führen würde. Die konservative Demagogie will jedoch diese Selbst-  
verständlichkeit nicht zugeben. Sie benutzt die auf dem Lande nor-  
dhunde Mischwirtschaft dazu, auf dem Lande antijohannidemokratische  
Wahlstimmungsmanöver zu treiben, indem sie alle Schuld an allen  
Kriegsleiden — die, wie schon gesagt, für die Landwirte noch leichter  
zu tragen sind als für die Industrieproduktion, munter den sozial-  
demokratischen Arbeitervertretern in die Schuhe schiebt.

In diesem Sinne schreibt in ihrer Sonntags-Heberricht die  
„Kreuzzeitung“:

Die Verkennung der landwirtschaftlichen Verhältnisse ist frei-  
lich nicht die einzige Ursache dafür, daß die Organisation der Kriegs-  
wirtschaft einen für die Landwirtschaft so bedenklichen Gang genom-  
men hat. Hinzugezogen ist der beherrschende Einfluß, den die Ge-  
werkschaften und die sozialdemokratische Partei auf die Regierung  
auszuüben vermochten, um jene Fülle von Anordnungen herbeizu-  
führen, die schon wegen ihrer Anzahl unübersehbar und unausführ-  
bar sind, die aber, was noch schlimmer ist, den Landwirt auch über  
das jählich geübene Maß hinaus an Schritt und Tritt hemmen und  
ihn einer Bevormundung und Beaufsichtigung unterwerfen, die er  
nicht nur als unangenehm, sondern häufig geradezu als entwürdigend  
empfinden muß. Man lästet sich nicht über das Maß der Mit-  
stimmung, das wegen dieser Verhältnisse in den landwirtschaftlichen  
Kreisen besteht und das um so größer ist, je mehr die Landwirte die  
Empfindung haben müssen, daß man sie in Verkennung der ländlichen  
Verhältnisse ungerecht beurteilt und daß man bei Prüfung der zu  
ergreifenden Maßnahmen sachverständiges landwirtschaftliches Ur-  
teil übergeht, weil man glaubt, sich dem Machtgebot der Verbraucher  
fügen zu müssen.

Von einem „beherrschenden Einfluß“ der Sozialdemokratie  
und der Gewerkschaften haben wir bisher nicht das mindeste be-  
merkt. Aber, abgesehen von solchen Uebertreibungen, wie würde es  
heute in Deutschland erst aussehen, wenn es ohne sozialdemokratische  
Gegenwehr der Diktatur des Agrarierturns schrankenlos ausgeliefert  
wäre? Wenn aber die ländliche Bevölkerung unter den notwendigen  
Wirkungen des Krieges — und um sie handelt es sich — leidet, so soll  
sie uns doch helfen, diese Leiden mit dem Kriege selbst zu Ende zu  
bringen. Gegen das kriegsverlängernde Treiben der konservativ-  
antideutschen Eroberungspolitik wird sie sich dann sehr energisch zur  
Wehr setzen müssen! (B. 220.)

### Wer hat nun recht?

„Daily Mail“ und Bund der „Kaiserstreuen“

Das englische Blatt „Daily Mail“ hat, wie wir der Frankf.  
Zeitung entnehmen, 100 Pfund Sterling als Belohnung ausgesetzt  
für denjenigen, der irgend eine Person in Großbritannien ausfindig  
macht, die direkt oder indirekt Geld aus deutscher Quelle erhält, um  
damit die Kriegsführung Englands zu hindern oder jemand zum Abfall  
von England zu verleiten. „Daily Mail“ führt gleichzeitig ein Bei-  
spiel an, wie das Preisauschreiben gedacht ist. Das Beispiel be-  
trifft einen Mann, der Führer der niederländischen Sozialdemokratie,  
Genosse Troelstra, habe „von seinem Freunde Scheidemann, einem  
zahnem Kaisersozialisten, einen Betrag von 10 000 Mark für die oben-  
genannten Zwecke erhalten.“ (!)

Der „Bund der Kaiserstreuen“ verbreitet bekanntlich in einem  
seiner Flugblätter die Mär, die deutsche Sozialdemokratie erhalte  
Unterstützung durch die in Nordamerika gesammelten 600 Millionen  
Dollar = 2400 Millionen Mark, um durch Erregung von Partei-  
hader und Zwietracht die innere Kraft des deutschen Volkes zu  
lähmen. Das englische Heftblatt behauptet im Gegenteil, die deutsche  
Sozialdemokratie schide Geld ins Ausland, um die Kriegsführung  
Englands zu schwächen und dort zum Abfall zu verleiten. Man könnte  
fragen: Wer von beiden hat nun recht? Aber wir glauben, daß diese  
Nebeneinanderstellung wohl die wirksamste Belehrung dafür bietet,  
mit welcher Niedertracht haben wie drüben verbrecherisches Heh-  
geindel arbeitet.

### Kriegsbilder vom Rhein

Vom Rhein wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Die Rheindampfer waren nie so überfüllt wie im Sommer  
1918, der Rheinwein war nie begehrter als heute, und die feucht-  
fröhlichen Orte an den Rheinufern waren nie mehr von bescheidenen  
und tafelnden Menschen erfüllt, wie an der Schwelle des fünften  
Kriegsjahres. Neben den bescheidenen Reisenden, Wandervögeln und  
Familienausflüglern, die an der Rheinromantik sich erbauen, machen  
sich Kugeln des Krieges bemerkbar, die das Wort Höltyts wahr  
zu machen wissen: „Ein Leben wie im Paradies gewährt uns Vater  
Rhein.“

Nun fahren die Generale dazwischen. Der Kommandierende  
von Koblenz hat der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt gedroht, er  
werde ein Verbot des Bowletrinkens und eine Einschränkung des  
Weingenußes herbeiführen. Die Gesellschaft hat darauf die Schiffs-  
restaurantes angewiesen, keine Bowlenweine, Zutaten oder Bowlen-  
geschäfte mehr auszugeben und erforderlichenfalls durch Verweigerung  
von Wein die Schenkmereien einzuschränken.

Im Rheingau hat in der Gegend von Rudesheim der Garm  
der sich belustigenden Kriegsgewinnler so zugenommen, daß der Kom-  
mandierende General angeordnet hat, auch die Lutzarkellen auf  
Privatgrundstücken bedürftigen der polizeilichen Genehmigung.  
Einbrecher schafften jüngst aus einem Kölner Herrschaftshaus,  
dessen Bewohner in der Sommerfrische sind, für 100 000 Mark Wert-

## Der Zionismus

Von Sven Hedins \*)

Vor 2000 Jahren wurde das Staatsleben der Juden zerstört.  
Aber die Hoffnung auf seine Wiederherstellung und die Sehnsucht nach  
Jerusalem lebt noch immer. Die Rückwanderung begann schon vor  
300 Jahren, als gelehrte Juden talmudistischer Studien wegen ihre  
alte Heimat aufsuchten. Im 18. und besonders im 19. Jahrhundert  
verließen zahlreiche alte Juden Osteuropa, um im heiligen Lande zu  
sterben. Sie und ihre jüngeren Begleiter gründeten die jüdischen Kolonien  
in Jerusalem, Hebron, Safed und Tiberias. Aus Europa er-  
hielten sie regelmäßige Unterstützung (Chalusa), und das Interesse  
an der Auswanderung nahm zu. Nun entstand der Gedanke, alle  
Juden der Welt sollten sich vereinigen, um die alte jüdische Landwirt-  
schaft im heiligen Lande wieder zu erwecken. Das führte 1870 zur  
Gründung der Alliance Israélite Universelle und ähnlicher Vereine.  
Dennoch waren der Zionismus und die Kolonien nie gegangenen,  
hätte nicht Baron E. Rothschild Anfang der achtziger Jahre die Be-  
wegung dadurch gerettet, daß er sie mit hundert Millionen Franken  
unterstützte. Dieses Kapital ermöglichte es, Weinsbau in größtem  
Stil zu unternehmen. Im Jahre 1900 lebte Baron Sirich für die  
jüdische Kolonisation außerhalb Europas 200 Millionen Franken aus.  
Im selben Jahre greift eine englische Gesellschaft, die Jewish Coloniza-  
tion Association, mit Hilfe Rothschilds die Sache systematischer an  
und gründete mehrere Kolonien. Einige Jahre später trat in Jaffa  
die zionistische Organisation ins Leben, die, gestützt auf den jüdischen  
Nationalfonds, eine Reihe von Musterbetrieben einrichtete. Auch  
europäische Juden legten ihr Geld in diesem Unternehmen an, das  
sich vorzüglich verzinst. Besonders wurden Wein, Apfelsinen und  
Mandeln gebaut. Zurzeit gibt es vierzig solcher Kolonien mit  
50 000 Hektar Land und 12 000 Einwohnern, und man schätzt ihr  
Vermögen auf 65 Millionen, den jährlichen Ertrag auf 6 bis 7 Mil-  
lionen Franken.

\*) Aus dem eben erschienenen neuen Werk Sven Hedins:  
„Jerusalem“ (Brochhaus, Leipzig, Festschriftausgabe 1,50 Mark), das  
wichtig durch die geschichtlich-religiöse Bedeutung der heiligen Stadt  
wie durch ihre heutige Rolle als Mittelpunkt des Orientkrieges bei  
allen deutschen Lesern besonders lebhaftes Interesse findet wird.

## An alle Hausfrauen zur Beachtung für die fleischlosen Wochen.

Ohne Fleisch können Sie ein wohlgeschmeckendes  
Mittagessen mit kräftigem und volzigem Fleisch-  
geschmack herstellen, wenn Sie den Spritzen  
„Plantor“-Fleischextrakt-Erfaß (Würze in fester  
Form) zusetzen. „Plantor“ ist sehr sparsam im  
Gebrauch, weil es sehr kräftig würzt; dement-  
sprechend stellt sich seine Verwendung im Haus-  
halt sehr billig und vor allem besitzend im hohen  
Erweichungsgehalt. Wir werden in den nächsten  
Tagen an dieser Stelle vorzügliche „Plantor“-Koch-  
Rezepte veröffentlichen und bitten Sie, diese in  
Ihrem eigenen Interesse zu beachten. Paragon-  
Fleischextrakt-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

gegenstände, Kleider und Wäsche fort. Laut dem Bericht der Kri-  
minalpolizei wurden u. a. gestohlen:

- 14 Duzend Bettlinder, 10 Duzend Servietten, neun noch  
nicht auseinandergetrennt, 25 Duzend Damastservietten, 15 Duzend  
Gerstenkorn-Ha-Blücher, 8 Duzend Kissenbezüge, 3 Duzend bunte  
Kissenbezüge, 2 Duzend Bettdecken, 1 1/2 Duzend Ueberbettbezüge,  
42 Herrenhemden, 33 leichte und schwere Unterhosen, 12 Duzend  
Herrenschlachten, 3 Duzend Paar Herrenstrümpfe, 30 Nach-  
hemden, 6 Duzend Damenhosen, 3 Duzend Paar schwarze Damen-  
strümpfe, 9 Duzend Tischlinder, 3 Duzend Kaffeedecken usw.

Da die Herrschaften doch nicht naht und bloß auf längere Zeit  
in die Sommerfrische gereist sein werden, mag man sich vorstellen  
wie hoch ihre Gesamtbestände an Wäsche sind.

Zur selben Zeit müssen in Köln an Säuglinge Paplerwunden  
ausgegeben werden, und die Reichsbeschreibungsstelle erklärt amtlich,  
daß die Neugründung eines Haushalts die Ausstellung von Bezug-  
schuhen auf Bettwäsche, Tisch- und Mundtücher, Handtücher nicht  
rechtfertige. Es mangelt eben in Deutschland an Leinenwäsche — für  
alle, die sich nicht rechtzeitig eindecken konnten.

## Rußland

### Lenin erhofft eine Weltrevolution

W. I. B. Moskau, 26. August. Nach einer Meldung der „So-  
wjetija“ äußerte sich Lenin in einer am 23. August abgehaltenen Par-  
teiverammlung, daß die Kommunisten für die Beendigung des im-  
perialistischen Krieges und für den Sozialismus kämpfen. Bereits im  
Beginn des Krieges habe er erklärt, daß der einzige Ausweg aus dem  
imperialistischen Kriege seine Verwandlung in einen Bürgerkrieg sei.  
Der Bürgerkrieg in Rußland müsse noch viele Monate, vielleicht Jahre  
dauern. Der Kapitalismus sei eine internationale Macht. Er könne  
daher nur in allen Ländern, nicht aber in einem einzelnen vernichtet  
werden. Der Krieg gegen die Tschecho-Slowaken sei ein Krieg gegen  
die Kapitalisten der ganzen Welt. Durch einen Sieg über die Tschecho-  
Slowaken hätten die Bolschewiki die Möglichkeit, sich solange zu halten  
bis die Weltrevolution ausbreche.

### Beseitigung des städtischen Privatgrundbesitzes

W. I. B. Moskau, 26. August. Nach der „Pravda“ hat das  
Zentral-Exekutivkomitee in einer Sitzung am 22. August den Erlaß  
eines Dekrets beschlossen, welches in allen Städten den Privatbesitz  
auf Grundstücke beseitigt. In Städten über 10 000 Einwohnern wird  
das Recht des Privatbesitzes auf sämtliche Bauten abgeschafft, deren  
Ertrag einschließlich des Grundstücksertrages über die von den Orts-  
behörden festgesetzten Normen hinausgeht. Die Hypotheken über  
10 000 Rubel werden annulliert und die früheren Eigentümer den  
Mietern gleichgestellt. Das Dekret erstreckt sich nicht auf Industrie-  
unternehmen.

## Aus der Partei

### Für Verständigungsfrieden und gleiches Wahlrecht gingen

bei dem Unterzeichneten ein:  
Eibing 184,75 Mt., Steegen 47 Mt., Stuthof 11,70 Mt.,  
Danzig-Stadt 107,40 Mt., Joppot 3 Mt., Jäpel 21,50 Mt.,  
Gehl 31,40 Mt.  
Damit schließen wir diese Sammlung und ersuchen,  
ausstehende Listen umgehend an uns einzusenden.  
Der Bezirksvorstand. S. M.: Jul. Gehl.

Dann stellte Theodor Herzl die Nationalitätenfrage in den  
Vordergrund. Er berief 1897 einen Kongreß nach Basel, der die  
Erringung einer politisch und rechtlich geschützten Heimat der Juden  
in Palästina als Ziel des modernen Zionismus aufstellte. Hundert-  
tausend Juden aller Länder haben sich diesem Programm angeschlossen.  
Die lakrimöse Unterstützung erfährt die Bewegung natürlich in  
den Ländern, wo die Juden arm und unterdrückt sind, wie in Ruß-  
land, Polen, Rumänien, Galizien und der Bukowina. In West-  
europa gewinnt sie nur langsam Anhänger. Unterstützung findet sie  
auch hier. Dafür sorgt schon der Antisemitismus, und das Zu-  
sammengehörigkeitsgefühl des ganzen Judentums ist durch den  
Zionismus gewachsen.

Im Jahre 1910 zählte man in Palästina 86 000 Juden; ihre  
Zahl war kurz vor dem Kriege auf 100 000 gestiegen, ist aber jetzt  
wieder auf 85 000 gefallen. Sie bilden also nur etwa den sechsten  
Teil der ganzen Bevölkerung des Landes. In Jerusalem wohnten  
etwa 50 000, in fünf größeren Städten 28 000, in den Kolonien 8000.  
Mehr als ein Drittel von ihnen ist arm und lebt von „Chalusa“,  
die alljährlich im Betrag von mehreren Millionen Franken aus der  
ganzen Welt eintrifft. Die übrigen ernähren sich durch eigene Arbeit.  
Bemerkende Kaufleute sind in der Minderheit. Die Kolonisten sind  
besser gestellt als ihre Volksgenossen in den Städten. Von den  
30 000 Quadratkilometern Palästinas sind nur 500 jüdischer Besitz.  
Der Zionismus stellt seine Aufgabe auch darin, die Juden zur Land-  
wirtschaft zu erziehen, ein Ziel, das natürlich nur erreicht werden  
kann, wenn mehr Land in ihre Hände übergeht.

Die heutige jüdische Bevölkerung Palästinas zerfällt in drei  
Gruppen Einwanderer: 1. Sefardim, das sind Juden, die zur Zeit  
Nabellas aus Spanien vertrieben wurden; sie sprechen spanisch,  
also das klassische Spanisch des Cervantes; 2. Juden, die im 18. und  
19. Jahrhundert aus religiösen Gründen Osteuropa verlassen mußten;  
3. Juden, die in den letzten 30 Jahren als Kaufleute und Handwerker  
zuwanderten oder vom Zionismus angelockt wurden. Gruppe 2 und  
3 sind Ashkenasim, das heißt Juden aus Rußland, Polen, Oester-  
reich-Ungarn, Deutschland und Holland. Sie sprechen Jiddisch, das  
zum großen Teil aus dem Deutsch des 14. und 15. Jahrhunderts be-  
steht. Dazu kommen Einwanderer aus Georgien (Georgien), aus  
Persien (Akkasim), aus Mesopotamien und Aleppo (Halabim), aus  
Marokko und andern Gegenden Afrikas (Marrabim), aus Buchara  
(Bucharakim), und schließlich eine Minderheit aus Yemen.  
Ein Ashkenasim versteht einen Sefardim nicht. Deshalb ver-  
steht man das Hebräische zu neuem Leben zu erwecken. Man kann

schon jetzt Kinder auf der Straße Hebräisch reden hören. Von euro-  
päischen Sprachen überwiegt das Französische, wie vor hundert Jahren  
das Italienische in der ganzen Levante. Die europäische Sprache der  
Zukunft aber wird hier das Deutsche sein, das, neben dem Hebrä-  
isch und Türkisch, wenigstens in den größeren Schulen schon Be-  
achtung ist. Die Ausbreitung des Deutschen ist ganz natürlich, da zwei  
Drittel der jüdischen Bevölkerung Palästinas, die Ashkenasim, He-  
bräisch sprechen.

Das Verhältnis der Juden zur türkischen Regierung hat seine  
Schwierigkeiten. Man kann es den Türken nicht verdenken, daß sie  
mit einiger Sorge beobachten, wie das früher so schwache und ge-  
füge Volk der Juden immer anspruchsvoller wird, genau so wie die  
andern Nationen unter dem Halbmond. Sie fürchten mit Recht, daß  
die Juden, wenn sie sich erst stark genug fühlen, nach nationaler und  
politischer Selbständigkeit streben werden. Die Juden zwar bezeichnen  
solche Bestrebungen als völlig grundlos; sie fordern nichts weiter  
als das Recht, ihre nationale Eigentümlichkeit und ihre Sprache frei  
zu entwickeln.

Ohne Zweifel würden die Türken aus einer stärkern jüdischen  
Einwanderung manchen Vorteil ziehen. Schon jetzt haben die Juden  
manche industriellen Unternehmungen angelegt und den Wein- und  
Apfelsinenbau des Landes ungeheuer gesteigert. Ihnen verdankt  
Palästina die Anpflanzung des Eufatypus, die Entwässerung vieler  
Sümpfe und die Urbarmachung großer Wüstenstrecken. Dadurch  
haben sie den Steuerertrag des Landes bereits stark vermehrt. Durch  
Intelligenz und Laikraft sind sie der eingeborenen Bevölkerung  
zweifellos überlegen. Gewährt ihnen die türkische Regierung den-  
selben Schutz und dieselben Vorteile wie andere Völkern, dann wür-  
den sie bereitwillig Investitionen der Porte, und die geistigen Kräfte,  
die man jetzt für industrielle und technische Anlagen aus Europa be-  
ziehen muß, würden im Lande selbst gedeihen.  
12 000 000 Juden gibt es auf der Erde. Sie alle in Palästina  
anzusiedeln, ist weder beabsichtigt noch auch möglich. Denn mehr als  
2 000 000 kann das Land auch bei intensivster Bestellung nicht er-  
nähren. Vom jüdischen Gesichtspunkt aus kommt es nur darauf an,  
einen Kristallisationskern zu schaffen, zur Gegenwirkung gegen die  
Zerschlagung der jüdischen Rasse. Der Zionismus ist also der Kampf  
des Judentums gegen die Vernichtung, und sein Ziel ist die Samm-  
lung einer rein jüdischen Bevölkerung in Palästina mit Landwirt-  
schaft als wirtschaftlicher Grundlage und dem Hebräischen als Volk-  
sprache.

**Die unabhängige Berliner Seite**

Aus dem Jahresbericht der Berliner „unabhängigen“ geht hervor, daß im Verlaufe ihres Groß-Berliner Organisation die Mitgliederzahl zurückgegangen ist von 112 219 im Jahre 1915/16 bis auf 17 746 im Jahre 1917/18. Die Zahl der männlichen Mitglieder ging zurück von 91 332 auf 11 274, was zum großen Teil, wenn auch nicht völlig, durch die Einziehungen erklärlich sein mag. Aber auch die Zahl der weiblichen Mitglieder fiel von 20 887 auf 6470. Das ist die Folge der ständehaltenden Kadavertaktik der fast durchweg von akademisch gebildeten Führern geleiteten „unabhängigen“, die ja auch durch den „Vorwärts“-Bogotat nur erleichtert haben, daß ihre „prinzipiellen“ Anhänger zum „Entsatzelner“ über zur „Vorgangspost“ zurückgeführt sind.

**Aus aller Welt**

Das wiedergefundene Jamstergut. Eine heitere Geschichte gab den Vorgängen auf der Nordbahn Stoff zum Lachen. Eine Berliner in einem Abteil 3. Klasse einer unbekanntenen Frau gegenüber, die einer kleinen Karton in der Hand hält. Möglich

ist die Berlinerin Jolande mit dem Kart. Die Frau protestiert ebenfalls heftig, bis die Berlinerin triumphierend ausruft: „Dann heißen Sie wohl auch Frau S. und wohnen Brunnenstraße?“ „Nein“, jagte die andere. „Na, dann hießen Sie mal in den Kart. da steht mein Name.“ Und richtig, da stand die genaue Adresse. Alle lachten nun im Wagen, der jetzt hielt. Die Frau A. benutzte die Auskunft auf der Station um zu verschwinden. Frau S. öffnete nun den widererlangten Karton und findet darin drei Pfund feine Butter, statt des einen Pfundes, das ihr ein Gendarm kurz vorher abgenommen hatte.

Der Tote erlitten plötzlich. In einer ungarischen Gemeinde traf vor kurzem die Nachricht ein, daß der Sohn Stephan des dortigen angesehenen Bürgers Josef Racz am 8. Juli den Helvetentod gestorben sei. Die Nachricht war von der Militärbehörde in aller Form dem Standesamt bekannt gegeben worden. Jetzt ist der Totgeglaubte höchstpersönlich erschienen und hat vom Standesamt eine Berichtigung der Liste verlangt. Das Protokoll, das zu diesem Zweck mit ihm aufgenommen wurde, geht wohl zu den kuriossten Leistungen des Amteschreibens. Es beginnt nämlich mit den Worten: „Der Tote erschien persönlich vor mir und gab über die Umstände seines Ablebens folgendes zu Protokoll“.

Ein Gesandter des Reiches aus Berlin wird seit dem 20. August vermisst. Ihre Mutter, die Witwe Bertha Stegmund; eine Berlinerin, vermutet, daß ihr Schwiegersohn, der sich vor einiger Zeit in einem Bazar in Straubing befand, seine Frau um Leben gebracht hat. Frau Janskeit hatte ihren Chemann in dem Bazar besucht. Dort soll es nach Aussagen des Chemanns zu Streitigkeiten gekommen sein. Er behauptet, dann allein von Straubing nach Regensburg übergesiedelt zu sein. Wo sich die Frau befindet, könnte trotz aller bisherigen Nachforschungen nicht festgestellt werden.

**Briefkasten**

J. M. Mühlhans. Bevor Ihre offene Anfrage veröffentlicht werden kann, müssen wir im Besitze ganz einwandfreien Materials sein. Senden Sie uns dieses umgehend zu.

**Hierzu eine Beilage**

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.  
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Verlagsanstalt, B. m. B. A. Königsberg 13

**Varieté Wintergarten**

Danzig Direkt: Arthur Löwinsohn Danzig

Teleph. 1925. Oltzraer Tor 10. Teleph. 1925.

Ab morgen den 1. September das neue glänzende

**September-Programm**

**Fred Dardy**  
komischer Hut-  
Jongleur-Akt

**Gerda Gerda**  
Vortrags-  
künstlerin

**Negro**  
Einzig existierender Hirtenflöten-Virtuose

**2 Karley's**  
Bühnen-  
Luft-Akt

**Margarete Leube**  
die elegante Rad-  
fahrerin mit ihrem  
Luftwagen

**Fritz Loewe Lessen**  
Humorist

**Kitty Wales**  
und ihr  
Teddy-Bär  
kom. Exzentrik-Akt

**Luis König u. Sohn**  
Gleichgewichtes-  
künstler in  
höchst. Vollendung

Morgen Sonntag den 1. September

**2 grosse Vorstellungen**

nachmittags  
**3 Uhr**  
Kleine Preise

abends  
**7 Uhr**  
Gewöhnliche Preise

Vorverkauf unnumerierter Plätze nur im Kaufhaus Gebr. Fraymann, beim Portier im Norddeutschen Hof und im Wintergarten

**Abgabe von Lebensmitteln.**

Es werden nachfolgend:

- Am Sonnabend, den 31. August:  
a) Auf der Woche I der neuen Kartoffelsorten 4 Pfund und auf der Woche 2 der neuen Kartoffelsorten 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.  
b) Auf der Woche Nr. 3 der Doppelmarken 625 Gramm Butter.
- Am Dienstag, den 3. bis Sonnabend den 7. September:  
a) Auf der Woche 31 und 34 K der Feingrubersortenmehlarten in Gemahlene und Sonderform auf die Wochen 20 und 20 K der Feingrubersortenmehlarten in Gemahlene und Sonderform in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Sappelmehl zum Preise von 2,40 Mark für das Pfund.  
b) Auf der Woche F der Feingrubersortenmehlarten in Sonderform auf die Woche F der Feingrubersortenmehlarten in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mähdienfabrikate.  
c) Auf der Woche G der Feingrubersortenmehlarten in Sonderform auf die Woche G der Feingrubersortenmehlarten in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mähdienfabrikate.  
d) Auf der Woche H der Feingrubersortenmehlarten in Sonderform auf die Woche H der Feingrubersortenmehlarten in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mähdienfabrikate.  
e) Auf der Woche I der Feingrubersortenmehlarten in Sonderform auf die Woche I der Feingrubersortenmehlarten in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mähdienfabrikate.  
f) Auf der Woche J der Feingrubersortenmehlarten in Sonderform auf die Woche J der Feingrubersortenmehlarten in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mähdienfabrikate.

**Schnupftabak**  
Julius Gosda, Rothobalgröndlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Gfz. Häftstraße 3 u. 2, Büchelstraße 5, Fernspr. 2428

Ab 1. September täglich abends 7 1/2 Uhr

Ueber 100 Mitglieder! Ueber 100 Mitglieder!

**„Der Hias“**

Ein feidgraues Spiel in 3 Akten.

Mit Riesenerfolg in allen grösseren Städten Deutschlands über 3000 Mal aufgeführt.  
Ueber 1 1/2 Million für Kriegsliebesdienst erzielt

Eröffnungstag: Sonntag den 1. September 1918

**2 Aufführungen:** nachm. 3 1/2 Uhr abends 7 1/2 Uhr

Zu der Nachmittags-Vorstellung zahlen Militär und Kinder halbe Preise.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz

Kartenvorverkauf: Gebr. Wetzel, Langgasse 42, und in Langfuhr, Gebr. Wetzel, Hauptstrasse 34. — Ausserdem ist die Theaterkasse in der Sporthalle von 5 1/2 Uhr und Mittwochs und Sonntags von 2 Uhr an geöffnet.

**Sporthalle**

**Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt**

Büro: 4. Damm 7, Eingang Hätergasse

Montag, den 2. September, abends 8 Uhr, im Saal der Ww. Steppuhn, Rathhäuserstraße  
**Mitgliederversammlung.**

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.

Wir bitten die Genossinnen und Genossen recht zahlreich zu erscheinen. Diese Versammlung wird sich mit den Vorgängen in der Dazauer Verlesammlung beschäftigen. Gäste können eingeführt werden.  
Der Vorstand: J. T. Joh. Krahn.

Stelle: Generalkommando XVII. A. A. Abt. K. St. II. Nr. 1023.

**Bekanntmachung**

betreffend

**Verwendung von Papierabfällen**

Für den Bereich des XVII. A. A. einschließlich der Festungen, wird auf Grund der §§ 4 und 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1881 und des Gesetzes vom 11. 12. 15 folgendes verordnet:

- Es ist verboten, Papier (auch Zeitung, Zeitschriften, Bücher), Pappe und Abfälle oder Reste von Papier oder Pappe dem Hausmüll beizumengen oder lediglich zum Zwecke der Vernichtung zu verbrennen.
- Zusicherhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark erkannt werden.
- Wenn die Haushaltungsanstalten und die Inhaber und Leiter von gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieben die Absonderung des Hausmülls nicht selbst oder Angehörigen übertragen haben, trifft die Strafe diese letzteren; neben ihnen sind auch die Auftraggeber strafbar, wenn die Zusicherhandlungen mit ihrem Vorwissen begangen sind oder wenn sie es bei der Auswahl oder der Beauftragung der Beauftragten an der erforderlichen Sorgfalt haben fehlen lassen.
- Diese Verordnung tritt am 1. September 1918 in Kraft. Danzig, Graudenz, Thorn, den 23. August 1918.  
Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.  
Der kommandierende General.  
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
Der Kommandant der Festung Danzig. 302

Katzenbäuer, Briefpapier, Foliopostkarten, Kartenbriefe, Tinteastifte und andere Schreibutensilien kaufen Sie vorteilhaft in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32.

**Sozialdemokratischer Verein Danzig**  
Wertesährlich 1 // Verlag für Sozialdemokratie G.m.b.H. Berlin SW 68, Lindenstr. 114

Am 1. September 1918 tritt eine Nachtragsbekanntmachung Nr. M. 122/8. 18 K. R. A. (K. St. Id. 8784) zur Bekanntmachung Nr. M. 14. 15 K. R. A. vom 1. Mai 1915 in Kraft betr.

**Bestandsmeldung und Beichlagnahme von Metallen.**

Der Wortlaut ist in den Regierungsamts- und in den Kreisblättern, sowie durch öffentliche Anschläge bekannt gemacht worden. Abdrücke sind bei der Kriegsamtsstelle, Abt. I d., Danzig, kostenlos erhältlich.

Danzig, Graudenz, Thorn, den 1. September 1918.  
Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.  
Der kommandierende General.  
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
Der Kommandant der Festung Danzig. 300

**Trauer-Blusen**  
Hüte in reicher Auswahl zu billigsten Preisen.  
Blusen Handgefertigt zu billigsten Preisen.  
Goldstein  
Lan en Iselgasse 4, gegenüber der Markthalle

**Der wahre Jakob** farbige illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire Buchhandlung Volkswacht